

# Material



## 6. Netzwerktreffen Bürgerhaushalt - vom Projekt zum Programm

Dokumentation vom 24.09.08

## Impressum:

Herausgeber:  
InWEnt gGmbH – Servicestelle Kommunen in der einen Welt.  
Friedrich-Ebert-Allee 40, D-53113 Bonn  
Fon ++49/228/4460-1600, Fax ++49/228/4460-1601  
info@service-eine-welt.de, www.service-eine-welt.de  
V.i.s.d.P.: Ulrich Nitschke

Material - Schriftenreihe der Servicestelle, Heft 34  
Projektkoordination: Christian Wilhelm

Texte: Ilse Burgass und Benno Trütken  
Moderation des Netzwerktreffens:  
Benno Trütken, forum b  
www.zukunft-vor-ort.de  
Redaktion: Christian Wilhelm, Ulrich Nitschke  
Fotos: Ilse Burgass und Benno Trütken

Titelgestaltung: dreimalig, Köln  
Druck: Druckerei Berghoff, Bonn  
100 % Recyclingpapier

InWEnt-Nummer: 7.01-0002-2008

Bonn, November 2008

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers.  
Die Reihe "Material" wird finanziell gefördert durch das Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  
sowie die Bundesländer  
Bremen, Hamburg und Rheinland-Pfalz und das Ministerium für Generationen,  
Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

## 6. Netzwerktreffen Bürgerhaushalt - vom Projekt zum Programm





## Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	<b>7</b>
<b>Ablauf, Zielsetzung und Erwartungen</b> .....	<b>8</b>
<b>Impulsreferate für den Erfahrungsaustausch</b> .....	<b>11</b>
Erfahrungsbericht über den Bürgerhaushalt in Großbritannien sowie Pariser Modelle - Dr. Elke Löffler, Governance International.....	11
E-Partizipation und interkommunale Zusammenarbeit, Bericht zum Verfahrens- Know-How und zur Nutzung von technischen Infrastrukturen - Bürgerhaushalt als Verwaltungsmodernisierung - PD Dr. Josef Wehner, Fraunhofer IAIS .....	14
Kurzberichte über die Verfahren und Herausforderungen bei Bürgerhaushalten in Klein-, Mittel- und Großstädten .....	17
o Heinrich Klausgrete, Kämmerer der Stadt Hilden.....	17
o Reiner Michaelis, Projektkoordinator Bürgerhaushalt Groß-Umstadt .....	19
o Josef Ahlke, Projektkoordinator zum Bürgerhaushalt der Stadt Erfurt.....	21
<b>1. Arbeitsphase: Erfahrungsaustausch vor der Mittagspause</b> .....	<b>27</b>
<b>2. Arbeitsphase: Erfahrungsaustausch an den Thementischen</b> .....	<b>29</b>
Thementisch 1: Bürgerhaushalt und der Gender-Aspekt – wie kann man das verbinden? 29	
Thementisch 2: Internet und Bürgerhaushalt – wie geht das?.....	35
Thementisch 3: Planspiel als Beteiligungsinstrument.....	39
Thementisch 4: Bürgerhaushalt und NKF – wie geht das zusammen?.....	42
<b>3. Arbeitsphase: Diskussion im Plenum</b> .....	<b>50</b>
<b>Anregungen für das Netzwerk</b> .....	<b>51</b>
<b>Fazit</b> .....	<b>52</b>
<b>Anhang</b> .....	<b>53</b>
Tagesprogramm .....	53
Teilnehmer am 6. Netzwerktreffen Bürgerhaushalt - 24.09.2008.....	55
<b>Publikationen</b> .....	<b>56</b>
<b>Über uns</b> .....	<b>59</b>

## Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt hat mit ihrem Engagement im Netzwerk Bürgerhaushalt einen Stein ins Rollen gebracht, der sich wahrscheinlich kaum noch bremsen lässt. Aus dem Projekt Bürgerhaushalt wird langsam ein nachhaltiges Programm. Der Weg dorthin stand im Mittelpunkt des 6. Netzwerktreffens. Mit der dazu vorgelegten Dokumentation zeigt sich die Kontinuität, mit der Kommunen an diesem Thema arbeiten. Diese zeigt sich auch in Erfahrungsberichten aus den Musterkommunen wie Hilden und Groß-Umstadt, die bereits zu den Standardpartnern des Netzwerks gehören. Mit solchen Erfahrungen des Bundesnetzwerkes versuchen nun Netzwerkmitglieder auch Landesnetzwerke aufzubauen (s. Thüringen).

Wie in den letzten Jahren blieb es aber nicht bei einem nationalen Erfahrungsaustausch, sondern es wurde auch in diesem Jahr wieder auf Erfahrungen aus anderen Ländern geblückt, hier standen dieses Jahr Großbritannien und Frankreich im Mittelpunkt. Damit wollen wir bewusst einen Beitrag auch zur europäischen Vernetzung des Themas beitragen.

Wenn ich mir heute mit der Vorlage der Dokumentation die Frage stelle, wo wir stehen, so wird mir deutlich, dass wir viel erreicht haben, aber noch nicht die kritische Masse von angestrebten 100 Bürgerhaushaltskommunen in Deutschland. Damit wird aber gleich auch ein Ziel für alle Aktiven und das nächste Netzwerktreffen benannt.

Auf dem Weg dorthin hat die Servicestelle, als Podium für den Austausch zwischen den Netzwerktreffen, gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung die Internetplattform [www.buergerhaushalt.de](http://www.buergerhaushalt.de) installiert. Gemeinsam mit allen Interessierten möchten wir diese Plattform weiter entwickeln und optimieren.

Wir hoffen, Ihnen mit der Dokumentation dieses Erfahrungsaustausches, der Internetplattform und unserem Beratungs- und Vermittlungsservice Unterstützung bei der zukunftsfähigen Gestaltung Ihrer Kommune geben zu können.

Ich wünsche Ihnen viele Anregungen, und kommen Sie bitte auf uns zu, wenn Sie Beratung oder Hinweise zur Einführung oder Verstetigung des Bürgerhaushalts brauchen. Gerne sind wir auch bereit, im Rahmen des Möglichen für internationale Kontakte zu sorgen und so internationale Lern- und Erfahrungsaustausche zu befördern.

Ihr

Ulrich Nitschke  
Leiter der Servicestelle  
Kommunen in der Einen Welt  
Bonn, Okt. 2008



## Ablauf, Zielsetzung und Erwartungen

### Ablauf

Der mit dem Netzwerktreffen erwünschte Erfahrungsaustausch begann schon vor der offiziellen Begrüßung um 11:00 Uhr. Impuls hierfür waren Moderationskarten, mit denen die Teilnehmenden aus ihrer Erfahrung die Stärken und Schwächen der bisherigen Bürgerhaushaltsverfahren benannten. Mit Hilfe weiterer Karten notierten sie Fragen, die sie zur Zeit bewegten. So waren die ersten Gesprächsansätze schnell gefunden. Weitere Ansatzpunkte für die informelle Vernetzung fanden sich auch in der lockeren Vorstellungsrunde, bei der durch Aufstehen bzw. Hinsetzen ein optisches Bild über die geographische und berufliche Herkunft der Gäste ersichtlich wurde.



Im Anschluss an die Begrüßung durch Ulrich Nitschke stellte der Moderator des Treffens, Benno Trütken, das Tagesprogramm vor (das detaillierte Programm befindet sich im Anhang der Dokumentation).

## Zielsetzung des Tages und Erwartungen

Die Tagung knüpfte an die Ergebnisse des letzten Netzwerktreffens an. Daher stand im Mittelpunkt der Veranstaltung das Ziel, vom jährlichen Bürgerhaushaltsprojekt zum Bürgerhaushalt als festem Programmpunkt der Haushaltsplanung zu kommen. Weitere Beratungspunkte waren die bereits beim letzten Treffen diskutierte Herausforderung der Verknüpfung von Bürgerhaushalt und „Doppik“ sowie die Einbeziehung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen.

Über eine weitere Kartenabfrage wurden individuelle Zielsetzungen des Tages als Grundlage für den Erfahrungsaustausch ermittelt. Die meisten Meldungen befassten sich mit der Verknüpfung von Doppik und Bürgerhaushalt. Es folgten selbstkritische Fragen zur Umsetzung, Evaluation und Wirkung des Bürgerhaushaltes. Weiterhin gab es methodische Fragen, die sich z. B. mit der Verknüpfung zu anderen Beteiligungsprozessen, Diskussion von Teilhaushalten bzw. dem Bürgerhaushalt im Internet befassten. Auch zur Initiierung und zur Informationsfreiheit wurden Fragen gestellt.

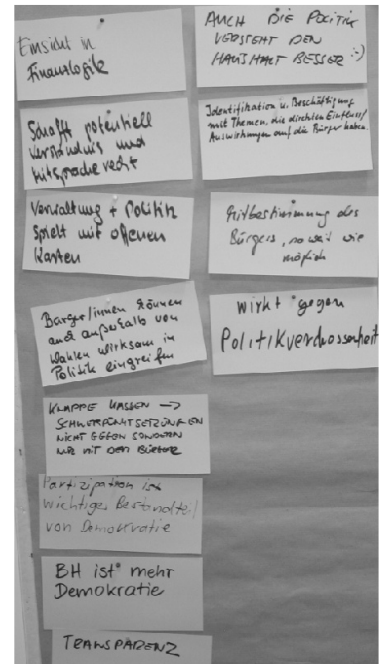
<b>Themen und Fragen für das Netzwerktreffen</b>	
<b>Themen- gruppe</b>	<b>Diese Frage/dieses Thema beschäftigt mich:</b>
Neues Kommunales Finanzwesen	Wie sinnvoll ist die Einführung zusammen mit Doppik?
	Chancen für BHH durch Doppik ...
	Transparenz (gerade bei „Doppik“)?
Umsetzung – Evaluation Kosten – Nutzen	Umsetzung der Ergebnisse
	Reale Spielräume der beteiligten Bürger
	Aufwand – Wirkung?
Politikver- drossenheit	Zusammenhang – politische Steuerung (welche) / Verdrossenheit
Methodik - Verfahren Zielgruppen E-participation	Wie können die verschiedenen existierenden Beteiligungsprozesse mit BHH verbunden werden?
	Kinder- und Jugendhaushalte + Haushalte in Stadtteilen?!
	Bürgerhaushalt im Internet?
Initiierung	Wie können Bürger/innen einen BHH selbst organisieren?
Sonstiges	Erfahrungen mit Informationsfreiheit – Gesetze





Bei der Stärken- und Schwächenanalyse fand sich unter den Stärken die Haushaltstransparenz und die Stärkung der lokalen Demokratie im Mittelpunkt.

Auf der „Defizitseite“ standen vor allem methodische Herausforderungen, die engen Spielräume für die Bürgerhaushalte sowie Fragen der tatsächlichen Einbeziehung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen und der Verwaltungsdominanz im Verfahren.



Stärken:		Schwächen	
Themen- gruppe	Karte	Themengruppe	Karte
Haushalts- transparenz	Einsicht in die Finanzlogik	Methodik und Verfahren	Schwierige / aufwendige Verankerung in die regulären Geschäftsabläufe
	Auch die Politik versteht den Haushalt besser		Beteiligung nur 1x im Jahr
	Schafft potentiell Verständnis und Mitspracherecht		Haushalt ist komplex!
	Verwaltung + Politik spielen mit offenen Karten		Bürger hat „andere“ Probleme
Legitimation	Transparenz	Spielräume	wenig Spielräume durch knappe Mittel
	Knappe Kassen => Schwerpunktsetzungen nicht gegen, sondern mit dem Bürger		realer Einfluss auf den Gemeinderat?
Mehr Demokratie	Identifikation und Beschäftigung mit Themen, die direkten Einfluss/ Auswirkungen auf die Bürger haben	Umsetzung – Evaluation	Beschränkung auf die kommunale Ebene
	Bürger/innen können auch außerhalb von Wahlen wirksam in Politik eingreifen		Kommunalhaushalte sind zu stark von Land & Bund eingeschränkt
	Partizipation ist wichtiger Bestandteil von Demokratie	Einbeziehung – Selektivität	Rechenschaft
	Wirkt gegen Politikverdrossenheit		Evaluation
	Mitbestimmung des Bürgers, soweit wie möglich	Verwaltungs- dominanz	Beteiligung für alle gesellschaftlichen Gruppen?
	BHH ist mehr Demokratie		Gut nutzbar nur über Internet
			Verwaltung dominiert BHH Bisher meist von Verwaltungslogik dominiert

## Impulsreferate für den Erfahrungsaustausch

### **Erfahrungsbericht über den Bürgerhaushalt in Großbritannien sowie Pariser Modelle - Dr. Elke Löffler, Governance International**

Mit dem Blick nach Großbritannien und Frankreich standen im ersten Impulsreferat die Erfahrungen anderer Länder und damit der Blick über den Tellerrand im Mittelpunkt. Dr. Elke Löffler führte zu einer virtuellen Studienreise in die beiden Länder und stellte die Hintergründe zu den dortigen Bürgerhaushaltsverfahren ebenso wie deren Besonderheiten dar und setzte sie in Bezug zu deutschen Bürgerhaushalten.



Am Anfang Ihrer Ausführung stand provokant die Frage: „Können wir vom Ausland lernen?“

Sie zeigte gleich viele der üblichen skeptischen Antworten auf:

„Nein, denn bei uns ist alles anders – die haben andere finanzielle Rahmenbedingungen ... andere gesetzliche Rahmenbedingungen ... eine andere Verwaltungskultur ...“

„Wir haben das vor Jahren schon probiert und es hat nicht funktioniert“

„Das ist interessant, aber momentan bei uns keine Priorität“

„Wir könnten das niemals der Politik verkaufen ...“

„Wir machen das doch bereits.“

Antworten, die für die Einführung der meisten gesellschaftlichen Innovationen verwendbar seien.

Weshalb es sich lohne, von englischen und französischen Bürgerhaushaltsmodellen zu lernen, wurde aber gleich im Anschluss von ihr präsentiert. Zum einen seien da die langjährigen Erfahrungen der Pariser Pioniere mit dem Bürgerhaushalt. Zum anderen böten die Bürgerhaushalte in England die Besonderheit, dass sie sich auf die Themen Polizei und Gesundheitswesen beziehen. Weiterhin zeige die Erfahrung aus Benchmarking-Prozessen, dass nur der Vergleich mit andersartigen Verwaltungen Innovationen ermögliche, denn hier treffen ähnliche Herausforderungen auf andere Strukturen und damit andere Lösungsstrategien.

Auch bei den Promotoren des Bürgerhaushalts besitze England eine Sonderstellung. In Europa und Lateinamerika seien es in der Regel die Bürgermeister/-innen (Porto Alegre und Pariser Modelle) bzw. parteienkritische Wählergruppen/Bürgergruppen (Köln), die als Promotoren auftreten. In Afrika und Asien seien Weltbank, NGOs und Berater/-innen aktiv gewesen. Nur in England engagiere sich die Zentralregierung mit der Ministerin Hazel Blears, die eine flächendeckende Umsetzung des Bürgerhaushalts bis 2012 propagiere.

Ziele des Bürgerhaushalts in England seien einerseits die Dezentralisierung, das heißt weniger Kontrolle durch „Whitehall“ und andererseits die Einbeziehung von sozial benachteiligten Gruppen. „Community Empowerment“ sei hier das Stichwort<sup>1</sup>. Bei

---

<sup>1</sup> White Paper „Communities in control: Real power, real people“ Juli 2008  
Strategiepapier „Participatory Budgeting: a national strategy“ September 2008  
Finanzierung der PB Unit durch die Regierung ([www.participatorybudgeting.org](http://www.participatorybudgeting.org))

Bürgerversammlungen zur Diskussion des Bürgerhaushalts sollen sich Bürgerinnen und Bürger unterschiedlicher sozialer und ethnischer Herkunft begegnen und so der Zusammenhalt der Gemeinschaft gestärkt werden. Obwohl England ansonsten im Bereich E-participation in Europa als führend gelte, spiele zur Zeit das Internet als Diskussions- und Abstimmungsplattform bei den englischen Pilotprojekten keine Rolle, nicht zuletzt, weil man über den fehlenden Zugang zum Internet eine soziale Selektivität vermeiden wolle.

Bürgerhaushalt *made in England* stände für die Stärkung von Randgruppen und den Einstieg ins Quartiersmanagement. Bei einer Spielart würden bestimmte Zielgruppen wie Jugendliche, Kinder oder sozial benachteiligte Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, Projektideen zu entwickeln, diese in einer öffentlichen Versammlung vorstellen, um dann über die besten Projekte abzustimmen. Damit werde bürgerschaftliches Engagement gefördert. Gleichzeitig werde transparent, welche Bürgergruppe bzw. welcher Verein wie viel Förderung bekommt und die Kooperation dieser Zusammenschlüsse untereinander werde gefördert. Eine andere Spielart gibt Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, bei der Verwendung von laufenden Ausgaben Prioritäten zu setzen. Diese können sich auf einzelne Fachdezernate (zum Beispiel Straßenbau) oder auch auf einzelne Stadtteile beziehen. Als besonders erfolgreich gelte der Bürgerhaushalt in Newcastle, der beide Spielarten miteinander kombiniert. Im Rahmen des Bürgerhaushalts für Jugendliche „U-Decide“ hätten 4000 Jugendliche von 2006-2008 über die Verwendung von insgesamt £110.000 abgestimmt, ab 2008 solle über £2.25 Mio Haushaltsmittel im Rahmen von „U-Decide“ entschieden werden.



Gleichzeitig hätten die Bewohner in drei sozial benachteiligten Stadtteilen in Newcastle die Möglichkeit erhalten, über die Verwendung von insgesamt £110.000 Fördermittel der Zentralregierung (sog. „Neighbourhood Renewal Grants“) zur Verbesserung der Infrastruktur und Lebensqualität zu entscheiden. Nach der Pilotphase von 2006-2008 werde der Bürgerhaushalt 5 Stadtteile umfassen, die über Budgets in unterschiedlicher Höhe abstimmen können (£16.000-£200.000).

Als besonders interessante Zukunftsperspektiven würden in England viele Kommunen auf persönliche Budgets für Ratsmitglieder setzen. Diese Budgets könnten nach Konsultation mit den in ihrem Wahlbezirk (*ward*) wohnhaften Bürger/-innen verwendet werden.

Bei der Einführung des Bürgerhaushalts in der Polizei und im Gesundheitswesen (Pilotprojekt in Southampton 2008: £50.000 Bürgerhaushalt für Gesundheitsprojekte im Stadtteil Thornhill „Your Health, Your Community, Your Vote“) ginge es vor allem um den Einsatz von präventiven Mitteln.

Die Gretchenfrage sei: Was bringt der Bürgerhaushalt unterm Strich?

In diesem Zusammenhang vergebe die Zentralregierung einen Auftrag zu einer Kosten-/Nutzenanalyse sämtlicher PB Projekte.

Anschließend führte Löffler virtuell nach Frankreich. Die Bürgerhaushaltsmodelle im Großraum Paris seien durch folgende Punkte geprägt:

- Kommunen haben wenig Flexibilität beim Haushalts- und Finanzmanagement
- Bürgerhaushalt zur Verbesserung des Dialogs mit der Bürgerschaft („*écoute*“)
- Pioniere setzen mit dem Bürgerhaushalt unterschiedliche Akzente ...
  - in Issy-les-Moulineaux als Frühwarnsystem (seit 2002)
  - in Saint-Denis als Instrument zur Stadtentwicklung (seit 2002)

- in Bobigny als Kommunikationsinstrument mit sozial benachteiligten Bürger/-innen
- im 20. Arrondissement von Paris zur Dezentralisierung von Dienstleistungen/Investitionen

Beim Bürgerhaushalt in Issy-les-Moulineaux würden die „üblichen Verdächtigen“ nicht als Problem gesehen, sondern ihr Wissen und ihre Engagementbereitschaft für Gremienarbeit im Rahmen des Bürgerhaushalts genutzt. Auch die örtliche Wirtschaft dürfe bei Investitionsprojekten mitreden und sei nicht zuletzt als Sponsor von gesellschaftlichen Veranstaltungen in der Stadt immer wieder gefragt. Konkret würden insgesamt vier Stadtteilräte („conseils de quartier“) gebildet, bestehend aus jeweils 6 Ratsmitgliedern, 4 Bürger/-innen, die in ihrem Stadtteil per Internet gewählt würden, 4 Vertreter/-innen von Bürgergruppen wie Jugendparlament; 3 Vertreter/-innen aus dem örtlichen Gewerbe; 1 Vertreter/-in eines örtlichen Vereins).

Hier würden Priorisierungen von insgesamt 10 % des kommunalen Investitionshaushalts und von Projektmitteln (ca. 14.000 Euro pro Jahr) vorgenommen. Darüber hinaus gebe es eine Zusammenarbeit mit den acht Stadtteilkomitees („villages d'Issy“), die sich vor allem um soziale Belange der Bürgerinnen und Bürger kümmern und deshalb auch kleinräumiger gegliedert seien.

Beim Bürgerhaushalt in Saint-Denis stünden die interkommunale Zusammenarbeit und die Transparenz im Mittelpunkt. Der Bürgerhaushalt fußt auf 14 offenen Bürgerversammlungen auf Stadtteilebene und thematischen/haushaltstechnischen Workshops für Interessierte. Es hätten Vorschläge zum gesamten kommunalen Haushalt und Haushalt der übergeordneten Gebietskörperschaft (Plaine Commune) gemacht werden können. Der Rat führe offene Verhandlungen über die Finanzierbarkeit der priorisierten Projekte mit den Bürgervertretern/-innen. Die Rechenschaftslegung geschehe über einen leicht lesbaren Bürgerhaushalt.

Zum Abschluss ihres Impulses lud Löffler noch einmal alle Teilnehmenden ein, an Studienreisen teilzunehmen, um von den Erfahrungen andersartiger Verwaltungen mit ähnlichen Herausforderungen zu profitieren.

**Saint Denis**

**Budget participatif 2004-2005**  
**Consultation des Dionysiens**  
3 juin - 2 juillet 2004

**DONNEZ VOTRE AVIS!**

Mesdames, Messieurs,

Le budget 2005 de votre ville se prépare dès maintenant. Les décisions qui seront prises au début de l'année vous concernent directement. La municipalité de Saint-Denis vous invite à exprimer vos attentes et vos propositions et à remplir ce questionnaire.

Les résultats de cette consultation seront rendus publics lors des ateliers budgétaires en septembre prochain. Votre contribution permettra au Conseil municipal de faire des choix à plus près de vos attentes. Et maintenant, à vos stylos!

Nous sommes heureux de vous rencontrer et de discuter avec vous de vos attentes et de vos propositions. Nous sommes convaincus que la consultation participative est un bon moyen de participer à l'un des actes les plus importants d'une collectivité.

D'ailleurs, je vous remercie sincèrement de participer à cette consultation. Bien cordialement,

*Patrick Brasseur*  
Patrick Brasseur  
député, maire de Saint-Denis

Vous pouvez aussi remplir ce formulaire sur [www.ville-saint-denis.fr](http://www.ville-saint-denis.fr)

Mairie de Saint-Denis  
Direction des Services  
Concepteur graphique : www.leslabes.com

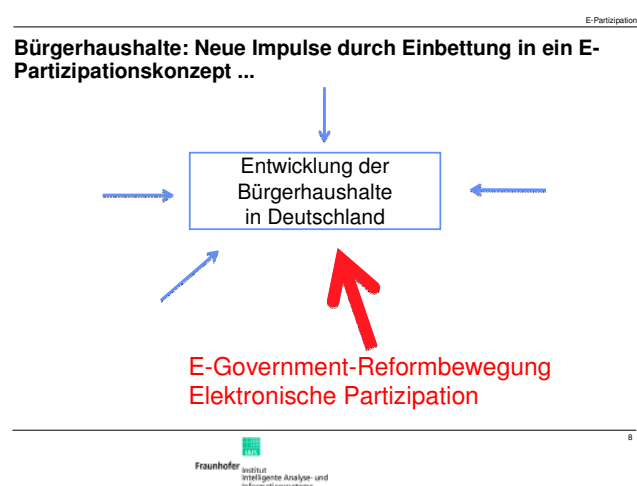
## E-Partizipation und interkommunale Zusammenarbeit, Bericht zum Verfahrens-Know-How und zur Nutzung von technischen Infrastrukturen - Bürgerhaushalt als Verwaltungsmodernisierung - PD Dr. Josef Wehner, Fraunhofer IAIS

In seinem Vortrag „E-Partizipation und interkommunale Zusammenarbeit“ stellte Josef Wehner zunächst fest, dass Bürgerhaushalte sich auch in Deutschland zunehmender Beliebtheit erfreuen. Immer mehr große wie kleinere Kommunen in Deutschland böten ihren Bürgern an, sich mit ihren Vorschlägen an der Planung des Haushalts zu beteiligen. Ein Kernproblem dieser Form der Bürgerbeteiligung sei jedoch nach wie vor, dass sie an der Peripherie der Verwaltungen angesiedelt sei. Bürgerhaushalte seien immer noch weitgehend eine zusätzliche Veranstaltung der Kommunen und gehörten nicht, sehe man von ganz wenigen Ausnahmen ab, zum Kernbestand verwaltungstechnischer Aufgaben und Verfahren.



Zu diesen Ausnahmen gehöre, so Wehner, die Stadt Köln, die im Jahre 2007 nicht nur erstmalig gemeinsam mit ihren Bürgern einen – wie vor allem die Beteiligungszahlen belegen würden – sehr erfolgreichen Bürgerhaushalt durchführte (siehe [buengerhaushalt-koeln.de](http://buengerhaushalt-koeln.de)), sondern von Anfang an sich auch der Frage stellte, wie ein solches Verfahren möglichst nachhaltig in den Alltagsbetrieb ihrer Verwaltungen integriert werden könne. Die Verantwortlichen seitens der Stadt seien sich darüber im Klaren gewesen, dass die nicht geringen Einstiegsinvestitionen nur dann zu rechtfertigen seien, wenn es gelinge, das Verfahren so zu organisieren, dass es regelmäßig zum Einsatz kommt. Denn nur ein regelmäßiger Einsatz würde die Bürger von der Ernsthaftigkeit des kommunalen Engagements in Sachen Beteiligung überzeugen und sie motivieren, das Angebot auch anzunehmen.

Ein erster wichtiger Schritt sei gewesen, so Wehner, Bürgerbeteiligung nicht auf das Haushaltsthema zu beschränken, sondern als innovative Grundidee eines umfassenderen Konzeptes der Bürgerbeteiligung in der Stadt Köln („E-Partizipation“) zu verstehen. Nicht nur die Kämmerei, sondern auch andere Verwaltungsbereiche, wie etwa die Stadtentwicklung, sollten zukünftig von den Vorteilen profitieren, schnell und effizient die Meinungen und Ideen der Bürger zu wichtigen und möglicherweise auch umstrittenen Themen einzuholen („Mandantenfähigkeit“ der Verfahren der Bürgerbeteiligung). Dies habe zur Konsequenz gehabt, sich als „Einsteigerkommune“ nicht nur für ein einfaches Beteiligungsformat für den Bürgerhaushalt – und zwar für ein sogenanntes Vorschlagseingabe- und -bewertungsverfahren – zu entscheiden, sondern die wesentlichen Elemente dieses Formats zukünftig in allen Beteiligungsverfahren einzusetzen.



Ebenso entscheidend sei gewesen, das Internet als Basismedium einzusetzen und die Medienvielfalt auf die Zugänge zu der elektronischen Plattform zu beschränken. Als weiteren Erfolgsfaktor hob Wehner hervor, dass in Köln daran gearbeitet werde, den gesamten Ablauf eines Beteiligungsverfahrens – angefangen bei der Idee, für ein anstehendes Planungsvorhaben die Bürger anzuhören, über die Planung und Administrierung des Verfahrens bis hin dessen Auswertung durch die jeweils involvierten Verwaltungseinheiten – so weit wie nur eben möglich zu formalisieren. Nur so ließen sich die finanziellen und personellen Aufwendungen, die sich mit dem Einsatz von Beteiligungsverfahren verbinden, möglichst gering halten. Und nur so würden sich die Bürger daran gewöhnen, sich ein- bis zweimal im Jahr in die politischen Belange ihrer Stadt einzumischen. All diese Maßnahmen und Zielsetzungen würden dazu beitragen, dass Verfahren der Bürgerbeteiligung sich in die E-Government-Reformbewegung integrieren lassen würden. Bürgerbeteiligung im Allgemeinen und Bürgerhaushalte im Besonderen müssten fester Bestandteil der Verwaltungsmodernisierung werden, um mittelfristig nicht länger ein Nischenthema für die Kommunen zu bleiben<sup>2</sup>.

Diese Bemühungen seien, so Wehner im weiteren Verlauf seines Vortrags, durch Prozesse zu ergänzen, die der Verbreitung erfolgreicher Verfahren dienen. Bislang sei es so, dass die Bereitschaft der Kommunen, sich mit dem Thema E-Partizipation bzw. Bürgerhaushalt zu beschäftigen, von der Aufgeschlossenheit starker Promotoren in Politik und Verwaltung abhängig sei. In Fragen der Gestaltung, Durchführung und Bewertung von Beteiligungsverfahren würden überwiegend lokale Kriterien und Anforderungen dominieren. Dies würde einer Übertragbarkeit und Vergleichbarkeit der Verfahren entgegenwirken und die institutionelle – auch rechtliche – Einbettung der Verfahren in die Verwaltung erschweren. Deshalb komme es darauf an, dafür zu sorgen, dass richtungweisende Modelle wie das Kölner keine Insellösung bleiben, sondern auch anderen Kommunen zugänglich gemacht werden. Auf diese Weise ließen sich viele Kommunen leichter motivieren, sich der E-Partizipation-Initiative anschließen. Denn sie hätten die Möglichkeit, sich an bewährten Verfahren zu orientieren und könnten so die auf sie zukommenden Einstiegskosten senken. Ferner unterstütze ein solcher Transfer von Wissen und Technologie den Austausch von Erfahrungen, erleichtere das Lernen aus Fehlern und fördere die Vereinheitlichung von Lösungen.

Für einen solchen Transfer gebe es, so Wehner, verschiedene Instrumente. Er wies auf die regelmäßige Informations- und Austauschtreffen und Fachtagungen für interessierte Kommunen hin, auf die Tradition der Pilot- und Modellprojekte (Verwaltungsvereinfachung, bürgernahe Verwaltung), schließlich auf die Möglichkeit, Städtepartnerschaften bzw. -allianzen zu gründen oder Zweckbündnisse zu schließen, um gemeinsam ein Verfahren zu übernehmen und anzupassen oder neu zu entwickeln. Vor allem aber sollten die Potentiale bereits vorhandener interkommunaler Netzwerke genutzt werden, die der Bereitstellung von Wissen und IT-Services dienen. Zu prüfen wäre, inwieweit diese ihr Portfolio um E-Partizipations-Dienste, die in einer Kommune erfolgreich eingesetzt worden sind, erweitern und anderen Kommunen in einer an die jeweiligen Bedingungen vor Ort anzupassenden Weise verfügbar machen könnten. Als Beispiel nannte er den für das Land Nordrhein-Westfalen aktiven Dachverband kommunaler IT-Dienstleister (KDN), der als „Shared Services Center“ für seine Mitglieder fungiert. Definierte und erfolgreiche Verfahren und entsprechendes Know-How werden in diesem Netzwerk allen Mitgliedern auf effiziente Weise vorgehalten. Mit ihrer Hilfe wären angeschlossene Kommunen in der Lage, auf ein bereits bewährtes technisches Beteiligungsverfahren zurückzugreifen. Hinzu käme, dass sie einen Anwender-Pool begründen können, der ihnen bislang fehlende Vergleichs- und Lernmöglichkeiten bieten würde. Davon würden rückwirkend Vorreiter wie Stadt Köln, die ihr Verfahren und Wissen über ein solches Netzwerk verfügbar machen würde, wieder profitie-

---

<sup>2</sup> siehe auch [http://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag\\_maerker\\_wehner\\_080718\\_01.pdf](http://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_maerker_wehner_080718_01.pdf)

ren, da Weiterentwicklungen, wie sie in anderen Kommunen stattfinden würden, in das vorrätig gehaltene Verfahren zurückfließen könnten. Dass der Transfer und die Weiterentwicklung – nicht ausschließlich aber auch – über solche bewährte interkommunalen Netzwerke koordiniert würde, hätte auch einen psychologischen Vorteil: Die Kommunen würden wichtige Vorleistungen für die Verbreitung und Standardisierung von Beteiligungsformaten aus eigener Kraft und in einem für sie vertrauten Umfeld leisten.

E-Partizipation

## E-Partizipation – Motor für interkommunale Zusammenarbeit? Nutzung interkommunaler E-Government-Netzwerke

### Lösungsansatz:

- Schaffung einer Anwender- und Lern-Community auf Landesebene
- Nutzung kommunaler Netzwerke (für NRW: Dachverband kommunaler IT-Dienstleister KDN)
- Shared-Services-Center: Definierte und erfolgreiche Verfahren (Technik, Verfahren, ...) werden für vernetzte Kommunen in NRW verfügbar gemacht;
- Zusätzliche Vernetzungsmöglichkeiten: **Kooperationsausschuss eGovernment im Innenministerium; Arbeitsgemeinschaft Kommunale Datenverarbeitung (AKD); Bundes-Arbeitsgemeinschaft Kommunaler IT-Dienstleister;**

### Vorteile:

- Leichter Einstieg für interessierte Kommunen
- Vertrauen und Motivation können gesteigert werden („Reformbewegung aus eigener Kraft“)
- Kosten für die Einführung von Verfahren lassen sich verringern
- Vergleichs-, Lern- und damit auch Verbesserungs- und Standardisierungsmöglichkeiten für alle Beteiligten
- Netzwerklösung könnte Referenzcharakter für andere Länder gewinnen

## Kurzberichte über die Verfahren und Herausforderungen bei Bürgerhaushalten in Klein-, Mittel- und Großstädten

### *Heinrich Klausgrete*, Kämmerer der **Stadt Hilden**

Heinrich Klausgrete berichtete über die lange Tradition des Bürgerhaushaltes in der Stadt Hilden. Die Stadt habe bereits vor Beginn des Projektes der Bertelsmann-Stiftung und des Nordrhein-westfälischen Innenministeriums stark auf Bürgerbeteiligung gesetzt. Seit dem Start als Musterkommune habe Hilden bis heute sieben kommunale Bürgerhaushalte erarbeitet, davon fünf durch Bürgerforen. Diese Bürgerforen setzten sich aus einem Querschnitt der Bevölkerung zusammen, der per Zufall ausgewählt worden sei. Von den jährlich ca. 2.000 eingeladenen Bürgerinnen und Bürgern sagten jeweils um die 10 % zu. So sei es Hilden gelungen, jedes Jahr wieder neue Menschen zu beteiligen und nach und nach einen großen Teil der Bevölkerung einzubeziehen.



#### **Hilden in Zahlen**

Einwohner : 56.753

Fläche : 25,95 qkm

#### **Haushaltseckwerte Hilden 2008**

Erträge gesamt 152,4 Mio. €

Aufwendungen gesamt 153,9 Mio. €

Gewerbesteuer 46,0 Mio. €

Gemeindeanteil Eink.-  
und Umsatzsteuer 29,1 Mio. €

Personalaufwendungen 30,0 Mio. €

Bilanzielle Abschreibungen 8,6 Mio. €

Kreisumlage 31,3 Mio. €

Schuldenstand 31.12.2007 24,7 Mio. €

#### **Eckwerte der Eröffnungsbilanz in Hilden**

Gesamtvol. Aktiva/Passiva 498,2 Mio. €

Anlagevermögen 490,7 Mio. €

Umlaufvermögen 7,1 Mio. €

Eigenkapital 289,5 Mio. €

Sonderposten 109,8 Mio. €

Rückstellungen 61,2 Mio. €

Verbindlichkeiten 29,9 Mio. €

Auch mit der Einführung der kaufmännischen Buchführung für den Haushalt der Stadt Hilden werde der Bürgerhaushalt weiterverfolgt und habe sich fest im politischen Leben etabliert. 2008 sei ein Spar- und Ideenwettbewerb Motto des Bürgerhaushaltes.

Die Information der Bürgerinnen und Bürger geschehe durch:

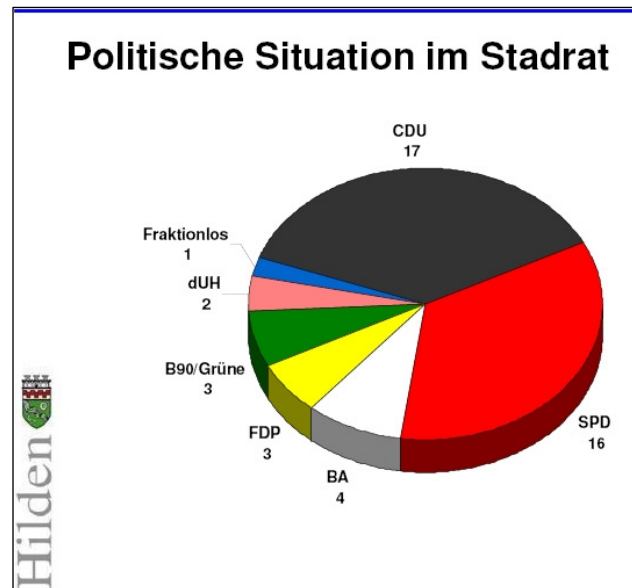
- A) Broschüren
- B) Zeitungsartikel
- C) Flyer
- D) Plakate
- E) Internet
- F) CD's
- G) Radiowerbung
- H) Bürgerforen mit wechselnden Themen
- I) Informationsstand - Wochenmarkt
- J) Bustour
- K) Hildopoly

Die über das Bürgerhaushaltsverfahren gesammelten Anregungen würden in den Fachausschüssen beraten und fänden so Eingang in den Haushalt der Stadt. Die Ergebnisse würden gemeinsam mit den statistischen Daten dokumentiert.



Auf diese Weise seien in den letzten Jahren viele interessante Anregungen entstanden und umgesetzt worden:

- Fahrradabstellanlagen
- Optimierung von Ortsbus-Linien
- Wechsel Leerungsintervalle Gelber Sack
- Überdachung Tiefgarageneingänge
- Beschwerdemanagement
- Zusätzliche Stelle für Stadtreinigung
- Wegesanierungen bzw. -errichtungen
- Anschaffung Kopfhörer Stadthalle
- Berücksichtigung von Belangen älterer Menschen und Behinderter
- sowie viele erledigte „Kleinigkeiten“



Die Summe der Argumente für einen Bürgerhaushalt sei daher weit mehr als die Summe der entstandenen Anregungen, denn mit dem Verfahren werde auch ein Beitrag zur kommunalen politischen Kultur geleistet. Dies sei vor dem Hintergrund wechselnder Mehrheiten im Rathaus besonders interessant.

Für die Bewertung der Bürgerbeteiligung zum kommunalen Haushalt zog Herr Klausgrete auch auf Grundlage dieser Anregungen ein Fazit mit folgenden Punkten:

- Bürgerhaushalt schafft Transparenz
- Kontakt zum Bürger („Wo drückt der Schuh?“)
- Bürger kann sich einbringen
- Einflussnahme ohne Wahltermin
- Politik muss sich mit den Wünschen und Ideen der Bürger auseinandersetzen
- Bereitschaft zu sparen, ist größer als die Politik angenommen hat
- Verwaltung erhält Hinweise auf sonstige Missstände
- Einsicht in die Verwaltungsarbeit, -abläufe
- Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungen
- Verständnis und Akzeptanz für Sparmaßnahmen
- Bürgerhaushalt macht Arbeit / kostet Geld – lohnt sich aber!

Hier sei der Bürgerhaushalt vom Projekt zum Programm geworden.

### **Reiner Michaelis**, Projektkoordinator Bürgerhaushalt **Groß-Umstadt**

Reiner Michaelis stellte ebenfalls Erfahrungen einer Vorreiterkommune dar. Ähnlich wie in Hilden schließe der Bürgerhaushalt an eine Beteiligungskultur an, beziehungsweise werde von ihr ergänzt. Ausgehend von einer aktiven „Lokalen Agenda 21 Gruppe“ sei in Groß-Umstadt der Bürgerhaushalt initiiert worden und werde durch Dorferneuerung und andere Kooperationsprojekte zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft ergänzt. Besonders hervorzuheben sei hier die intensive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger im Zusammenhang mit der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans. Die in diesem Zusammenhang stattfindenden Kommunikationsprozesse hätten einen hohen Bildungswert („Volkshochschulcharakter“) mit vielen neuen Erkenntnissen für alle Beteiligten.



Der Bürgerhaushaltprozess in Groß-Umstadt besitze den klassischen Dreischritt von Information – Konsultation – Rückmeldung und gestalte sich wie folgt:

- Ca. 6 Wochen: Verteilung der Broschüren und begleitende Pressearbeit
- Ca. 3 Wochen: „Tag des Bürgers“ - Bürgerforum in der Stadthalle, Präsentation der Verwaltungsleistungen und der damit verbundenen Kosten - Forum für Anregungen und LA 21 - Projekte
- Ca. 2 Wochen: „Bürgersprechstunden“ im Rathaus, Vorlage der Anregungen und Haushaltsberatung des Haupt- und Finanzausschusses
- Beschluss des Haushalts durch die Stadtverordnetenversammlung
- Persönliche und öffentliche Rückmeldung an Ideengeber

Der Bürgerhaushalt und insbesondere die Bürgerforen mit ihrer Zufallsauswahl brächten interessierte Bürger mit durchaus gegensätzlichen Haltungen an einen Tisch. So entstünden neue Dialoge! Hierbei handele es sich um eine intensive Einbindung der aufmerksamen und kritikfreudigen Bürger, denen ein Verständnis für kommunalpolitisches Handeln (Chancen und Zwänge) vermittelt werde.

Mit dem Bürgerhaushalt finde eine Stärkung und Ergänzung ohnehin laufender Prozesse wie der Verwaltungsreform, Neue Steuerung durch Kennzahlen, Doppik, Öffnung zum Bürger hin (Stadtbüro, Bürgertelefon, etc.) statt.

Insgesamt ergebe sich so eine neue Kultur des Miteinanders auf allen Ebenen (innerhalb der Fraktionen, zwischen Verwaltung und Fraktionen und mit den Bürgern). Dies bringe Renommee für Verwaltung, Politik und die Stadt.

Bei einer kritischen Betrachtung lasse sich folgendes festhalten:

- Die Teilnehmerzahl an den Bürger-Foren hänge sehr von der individuellen Betroffenheit der Menschen ab
- Anregungen und Ideen im Sinne haushaltspolitischer Alternativen kommen fast nicht
- Die Erwartung, allein über ein Verfahren zum Bürgerhaushalt eine nachhaltige Bürgerbeteiligung zu etablieren, erfüllt sich nicht (Zeitzyklen)

Insgesamt zog Reiner Michaelis aber ein positives Fazit, denn:

„Das höhere Ziel zählt! – Durchhaltevermögen ist nötig und lohnend.“



**Josef Ahlke**, Projektkoordinator zum Bürgerhaushalt der **Stadt Erfurt**

- **Bürgerbeteiligungshaushalt Erfurt<sup>3</sup>**
- **Bürgerbeteiligungshaushalt Netzwerk Thüringen**
- **Kurzbericht: Verfahren und Herausforderungen**



### **Der Bürgerbeteiligungshaushalt in Erfurt**

In Erfurt wurde der Bürgerhaushalt bewusst unter dem sperrigen Begriff **Bürgerbeteiligungshaushalt** eingeführt. Nach den in anderen Städten gemachten Erfahrungen sollte so versucht werden, falsche Erwartungshaltungen in der Bürgerschaft zu vermeiden: *Wir bestimmen jetzt, wie das Geld ausgegeben wird.* Inwieweit dieses Ziel erreicht worden ist, ist aktuell noch schwer abzuschätzen. Mit den drei Phasen •Information •Konsultation •Rechenschaft fügt sich der Bürgerbeteiligungshaushalt Erfurt in den aktuell angestrebten Standard voll ein.

Zur Umsetzung des Konzeptes in Erfurt wurde eine Arbeitsgruppe "Erfurter Bürgerbeteiligungshaushalt", bestehend aus den finanzpolitischen Sprechern der Stadtratsfraktionen, der Stadtkämmerei und des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung gebildet. Dieser oblag die Organisation des Bürgerbeteiligungshaushaltes 2008. Im ersten Jahr wurden alle Verfahrensschritte einstimmig beschlossen. Diese Arbeitsweise wurde für den zweiten Bürgerbeteiligungshaushalt 2009 in unveränderter Form fortgesetzt (Stand der Vorbereitungen bis zum 24.9.2008).

### **Erfahrungen aus dem Bürgerbeteiligungshaushalt 2008**

**Informationsphase:** Im Juni 2007 wurde zunächst mit drei allgemeinen Informationsveranstaltungen der erste Schritt zur Einführung des Bürgerbeteiligungshaushalt getan. Der Oberbürgermeister und die Beigeordnete für Finanzen und Liegenschaften stellten die Broschüre "Bürgerbeteiligungshaushalt der Thüringer Landeshauptstadt 2007" vor. In dieser Informationsbroschüre wurde umfassend anhand des städtischen Haushaltes 2007 über das Finanzvolumen und die Zuordnung der Mittel informiert. Die Auflage der Broschüre betrug 5.000 Stück.



**Konsultationsphase:** Mit der Einbeziehung der Bürger in die Beratung des Stadtrates zwischen der ersten und der zweiten Lesung des städtischen Haushaltes für das Jahr 2008 wurde eine anspruchsvolle, intensive und interessante Form der Beteiligung gewählt, die so bisher in größeren Städten in Deutschland nicht durchgeführt wurde. In drei zeitgleichen Informations- und Diskussionsveranstaltungen am 11. Oktober 2007 wurden hierzu die drei in einer Befragung im Frühsommer ausgewählten Schwerpunktthemen "Soziales, Gesundheit und Jugend", "Sicherheit und Ordnung" sowie "Stadtentwicklung, Umwelt, Bau und Verkehr" von den Fachbeigeordneten und ihren Mitarbeitern vorgestellt. Insgesamt nutzten ca. 100 Bürger die Gelegenheit, mehr über den Haushaltsplan 2008 zu erfahren.

Bis zum 30. Oktober 2007 bestand die Möglichkeit, Vorschläge und Ideen seitens der Erfurter Bürger einzureichen. Dieses Angebot wurde von 49 Personen und Institutionen wahrgenommen. Die eingereichten Vorschläge wurden den Stadtratsfraktionen übergeben, die diese sichteten und 95 fachliche Stellungnahmen von der Verwaltung abforderten. Dann entschieden die Fraktionen, welche Vorschläge sie als Antrag in die Haushaltsdebatte

<sup>3</sup> Mit Bürger sind Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen angesprochen. Zur besseren Lesbarkeit wurde auf eine längere Schreibweise verzichtet.

einbrachten. Die Fraktionen waren hierbei eine Art "Paten" auf der Suche nach Mehrheiten für die von ihnen ausgewählten Vorschläge der Bürger. In der Stadtratsitzung am 19. Dezember 2007 wurden in der Debatte einige Vorschläge direkt und eine Reihe weiterer Vorschläge indirekt diskutiert und mit dem Haushalt für 2008 beschlossen. In einigen Fällen waren dies Beschlüsse, die einen Prüfauftrag oder eine Konzepterarbeitung zur Anregung an die Verwaltung umfassten. Die zu Beginn von Politik und Verwaltung geäußerte Sorge "wir wecken Erwartungen und es kommen Wünsche, die wir nicht realisieren können" bzw. "es kommen Beleidigungen und der Bürger*beteiligung*shaushalt wird für andere Intentionen missbraucht" trat nicht ein. Die Anregungen waren sachlich, häufig sehr konkret und kreisten entweder um Themen im eigenen Umfeld oder waren an aktuellen Themen, die im Jahr 2007 die ganze Stadt beschäftigten, orientiert. Beispiele hierfür sind der neue städtische Park "Hirschgarten" oder die Sanierung des Freibades "Nordbad". Generell waren die Anregungen den Themenkomplexen Verkehr, Fahrradwege, Zustand von Straßen und Plätzen, Natur, Parks, Alleen, Kinderspielplätzen oder sozialen Themen zuzuordnen. Von der „Bezahlung des Arbeitslosengeldes“ bzw. der „Städtischen Beteiligungsverwaltung“ oder der „Finanzierung der städtischen Umweltbildungsstätte“ bis hin zur Angabe von Satzungen und Gesetzen waren Anregungen zugesandt. Interessant war die Häufung von Anregungen zu öffentlicher Sicherheit und Ordnung mit ganz konkreten Vorschlägen unter anderem zum Netz der öffentlichen Toiletten. Dieser Vorschlag wurde auch mit der Bedeutung des Tourismus für Erfurt begründet. Als direkter unmittelbarer Sparvorschlag im engeren Sinne ließ sich nur das Abschalten von Straßenlaternen werten. Dieser ist allerdings aufgrund der aktuellen Gesetzgebung nicht umsetzbar.

Mehr als ein Dutzend Vorschläge wurde bereits im normalen Handeln ohne Zutun des Bürger*beteiligung*shaushaltes realisiert. Einige Vorschläge wurden ebenfalls ohne Zutun des Bürger*beteiligung*shaushaltes 2008 "abstrakt" umgesetzt. So werden zwei Verwaltungsangestellte zusätzlich für mehr für Ordnung und Sicherheit sorgen. Hier stellt sich die Frage: Reicht das als „wahrgenommene“ Umsetzung für den Bürger aus? Diese Umsetzung lässt sich nicht so direkt wie ein gepflanzter Baum oder reparierter Radweg erleben.

Intensive Öffentlichkeitsarbeit begleitete die Informations- und die Konsultationsphase. Pressekonferenzen, weitere Vortragsveranstaltungen, die Nutzung des städtischen Amtsblattes und ein eigener Internet-Auftritt vervollständigten das Konzept des ersten Jahres. Sobald es etwas zu berichten gab, wurde in Presse, Radio und Fernsehen kritisch, aber wohlwollend und umfangreich, berichtet. Für die bisherige Lokale Agenda 21-Arbeit war dies die bisher umfangreichste Öffentlichkeitsarbeit. Dementsprechend war mit einer größeren Beteiligung an den Veranstaltungen gerechnet worden. Sehr gut hingegen wurde das Internet angenommen. Im Zeitraum vom 15.06. bis 30.11.2007 wurden ca. 12.800 Besucher registriert und die Broschüre über 3.000mal heruntergeladen.

**Rechenschaftsphase:** Am 19. Dezember 2007 wurde der Haushalt beschlossen. Nach seiner Genehmigung waren im Frühjahr 2008 alle Einreicher von Vorschlägen per Brief durch den Oberbürgermeister darüber zu informieren, welche Vorschläge Mehrheiten gefunden haben und in den Haushalt 2008 aufgenommen werden konnten bzw. welche nicht oder erst zu einem späteren Zeitpunkt realisierbar sind. Für die folgenden Bürger*beteiligung*shaushalte ist diese Form der Rückinformation weiter zu entwickeln. Angepasst an eingesetzte Finanzmittel und Personalkapazitäten sind hier Pragmatismus und Wege der Standardisierung gefragt.

**Erfurter Bürgerbeteiligungshaushalt 2009:** Aus den Erfahrungen der geringen Beteiligung der Erfurter Bürger an den Informationsveranstaltungen legte die Arbeitsgruppe fest, die Informationsphase für den Bürgerbeteiligungshaushalt 2009 mit der Konsultationsphase komprimiert in den Herbst zu legen.

Die Broschüre mit den Daten des Haushaltplanentwurfes 2009 wird im Oktober 2008 gedruckt, um mit der Erfurter Bürgerschaft noch direkter an den aktuellen Finanzplänen diskutieren zu können. In diesem Zeitrahmen wird auch eine zentrale Informationsveranstaltung stattfinden. Auf ihr und in der Broschüre sind in diesem Jahr als Schwerpunktthemen

Weiterentwicklung der Erfurter Grundschulen zu offenen Ganztagschulen, Perspektiven der Kindertagesstätten und Kompetenzen und Hilfen für Senioren und Menschen mit Behinderungen vorgesehen. Weiterhin sind erste interne Verbesserungen des Online-Angebotes und für 2010 gemeinsam mit der European School of Public Policy (ESPP) an der Universität Erfurt, ein Projekt zum Einstieg in das "Web2.0" geplant.

Die nebenstehende Terminkette zeigt allerdings, wie eng die Zeitfenster sind, in denen die Bürger beteiligt und in denen Verwaltung und Politik auf die Anregungen reagieren können. Daraus ergeben sich die fast klassischen Agenda 21-Fragen der 1990er Jahre: Was passiert, wenn alle kommen? Und was passiert, wenn einer der Akteure im Wortsinne "eine Erkältung" bekommt?

## Bürgerbeteiligungshaushalt 2009

### Terminplan und Beratungsverlauf Haushalt 2009

20.10.2008	Beschluss zum HH 2009 in DBOB
21.10.2008	Verteilung der Planunterlagen an die Fraktionen
29.10.2008	<b>1. Lesung</b> zum Haushalt 2009 im Stadtrat (Einbringung des Haushaltes in den Stadtrat)
<b>30.10.-15.11.2008</b>	<b>Beteiligungszeitraum der Bürger</b>
4.11.2008	Informationsveranstaltung
20.11.2008	Übergabe der Bürgervorschläge komplett an Fraktionen V.: Amt 61
14.11.2008	Abgabe von Verwaltungsänderungen zum HH 2009
17.-20.11.2008	gemeinsame Anhörung zum Haushalt 2009 - Ausschuss FLV und alle Fachausschüsse
25.11.2008	<b>Entscheidung der Fraktionen, ob Stellungnahmen zur Bürgervorschläge abgefordert werden sollen</b> → Mitteilung an Amt 61 → Weiterleitung an Amt 20)
25.11.2008	Beantwortung von Anfragen aus den Anhörungen
19.11.2008	Übergabe geforderter Stellungnahmen zu Bürgervorschlägen V.: Amt 20 i.V.m. A61
24.11.-05.12.08	Vorberatung HH 2009 in den Ortschaften (331)
28.11.2008	Abgabe aller Änderungsanträge der Fraktionen an die Stadtkämmerei
03.12.2008	Vorberatung Jugendhilfeausschuss
04.12.2008	Erstellung einer abschließenden Stellungnahme der Stadtverwaltung und Übergabe an die Fraktionen V.: Amt 20
10.12.2008	Abschlussberatung Ausschuss FLV
17.12.2007	<b>2. Lesung Stadtrat</b> und Beschlussfassung zum Haushaltsplan 2009

Bürgerbeteiligung in die Haushaltsdebatte des Rates integriert!

Was passiert wenn einer eine Erkältung bekommt ?

Landeshauptstadt Erfurt  
Stadtverwaltung

Folie 6

## Bürgerbeteiligungshaushalt - Netzwerk Thüringen



### Der Bürgerhaushalt in Thüringen

Thüringen unterstützt auf Anregung der Landeshauptstadt Erfurt als erstes deutsches Land ein Bürgerhaushaltsnetzwerk für Kommunen. Die finanzielle Förderung und die fachliche Begleitung durch das Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt (TMLNU) sind, in Vertiefung der langjährigen Agenda 21-Zusammenarbeit von Land und Kommunen, ein weiterer Schritt im

Rahmen einer nachhaltigen Entwicklungsstrategie. Finanziert wird auch ein jährliches Netzwerktreffen, das von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) organisiert und durchgeführt wird. Ministerium und Servicestelle haben hierzu eine Vereinbarung geschlossen. So können die Erfahrungen und aktuellen Entwicklungen des bundesweiten Netzwerkes in das Thüringer Netzwerk eingebracht werden. Das Netzwerk wird von den Landesstiftungen der politischen Parteien unterstützt, bisher werden Informations- und Weiterbildungsangebote angeboten. Beabsichtigt ist weiterhin die Zusammenarbeit mit den Hochschulen für begleitende Studien, insbesondere für die Evaluation und Weiterentwicklung der Beteiligungsinstrumente. Auch die Entwicklung und Vorbereitung von z.B. Konzepten für Kinder- und Jugendbürgerhaushalte in Verbindung mit Stadtteilhaushalten wären hier vorzudenken.

Bis Ende des Jahres 2007 haben die Kommunen Eisenach, Erfurt, Jena, Großbreitenbach, Suhl, Westhausen und der Landkreis Nordhausen Beschlüsse zum Bürgerhaushalt gefasst und zum Teil umgesetzt. Weitere Kommunen prüfen zur Zeit die Einführung des Bürgerhaushaltes oder haben sich wie z.B. Heiligenstadt mit einer ersten Informationsbroschüre zum Haushalt für die Bürger dem Thema in einem ersten Schritt genähert.

### Drei Thüringer Beispiele:

Der **Landkreis Nordhausen** beabsichtigt in seinem Gebiet drei bis vier Gemeinden dazu zu gewinnen, den Bürger*beteiligungshaushalt* durchzuführen.

In **Eisenach** wurde im ersten „Bürger*beteiligungshaushalt* 2008“ eine Informationsbroschüre an alle Haushalte geschickt. Im zweiten Bürger*beteiligungshaushalt* 2009 wird der Schwerpunkt auf die freiwilligen Aufgaben gelegt und eine Abfrage zu neun Investitionsvorhaben vorgenommen.

In **Jena** wurde im ersten Bürger*beteiligungshaushalt* ein ähnlicher Ansatz wie in Erfurt gewählt. In der Broschüre wurde allerdings stärker auf die Vorstellung von konkreten Themenbereichen gesetzt. Der zweite Bürger*beteiligungshaushalt* 2009 wurde bereits gestartet.

Eine Besonderheit im Jahr 2008 war eine zweite eigenständige Befragung, die im Zusammenhang mit der Verwendung von Steuermehreinnahmen durchgeführt wurde. Es wurden von den Jenaer Stadtratsfraktionen 18 städtische Vorschläge präsentiert, unter denen einer die Verwendung der Mittel zur Entschuldung vorsah. Im Ergebnis stimmten 24% der Befragten für Entschuldung. Mit 10% aller Stimmen erhielt das „Vorhaben Verbesserungen im Radwegesystem“ die zweitbeste Stimmenzahl.

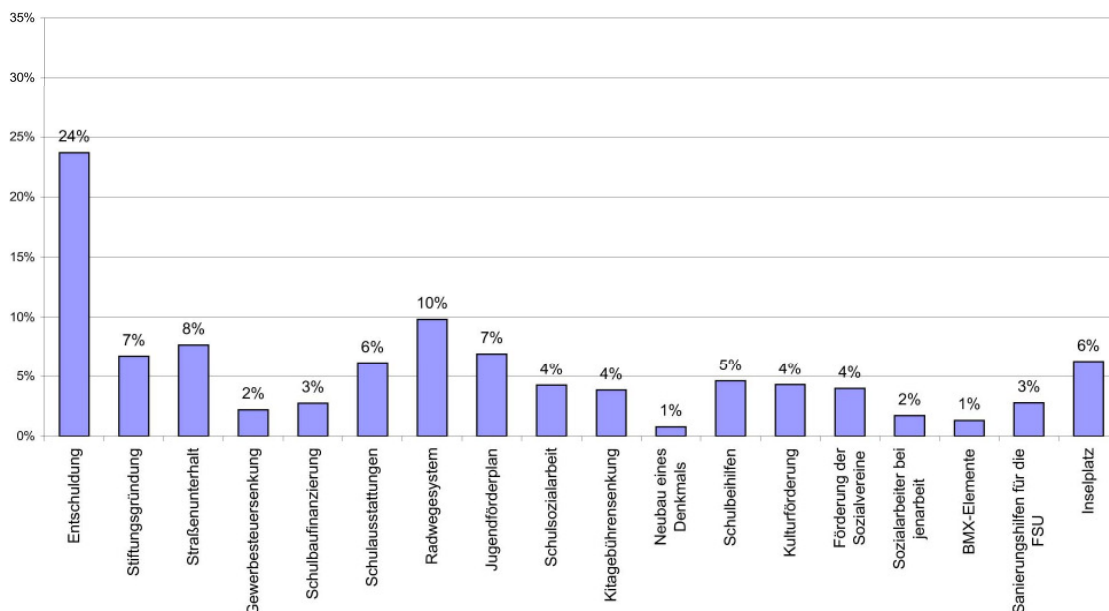
Zweite Befragung in Jena 2008:

### "Entscheiden Sie mit über die Verwendung der Mehreinnahmen des Vorjahres" (Stadtverwaltung Jena 2008)

#### Auswertung

Die 2.591 gültigen Stimmen haben insgesamt 15.008 Punkte auf die verschiedenen Vorschläge verteilt. Die prozentuale Verteilung ist aus dem folgenden Diagramm sichtbar:

Stimmresultat aller gültigen Stimmen



Mit dem kleinen Praxisnetzwerk in Thüringen verbinden sich drei Ideen.

Erstens, ganz einfach: wenn Jena es macht, hört Erfurt nicht auf – ein sportlicher Ansatz.

Zweitens können so kosteneffizient gemeinsame Plattformen wie z.B. die Einführung eines Haushaltsrechners oder ein Grundgerüst von Evaluationskriterien erarbeitet werden.

Drittens ist ein "benchlearning" der Kommunen miteinander unter den Thüringer Bedingungen angestrebt, um den Bürgerbeteiligungshaushalt weiter zu qualifizieren. Lassen sich nach einigen Jahren aus den Erfahrungen aller Kommunen verallgemeinerbare Ergebnisse ableiten, kann mit mehr Gewicht auf die Thüringer Landesregierung zugegangen werden, um künftig gegebenenfalls in Satzungen und Gesetzen auf diese Erfahrungen zu reagieren.

Zwischenfazit 2008: Für Erfurt und Thüringen ein kleiner Beginn mit Perspektive.

### Benchlearning und Ausblick

Entwickelt sich der Bürger*beteiligungshaushalt* in Erfurt ein Stück hin zu den Erfahrungen in *Porto Alegre* und einigen europäischen Städten, mit erreichter Qualität und Quantität der Beteiligung, erhofft sich die Stadt Erfurt eine Stärkung der lokalen Demokratie, des zivilgesellschaftlichen Engagements und Konsolidierungseffekte. Die Einbeziehung des Expertenwissens der Bürger in seinem direkten Lebensumfeld wird, angesichts des gravierenden Wandels der Stadt, sicherlich für Politik und Verwaltung zu unverhofften Ergebnissen, aber auch eigenen Lernerfahrungen führen.

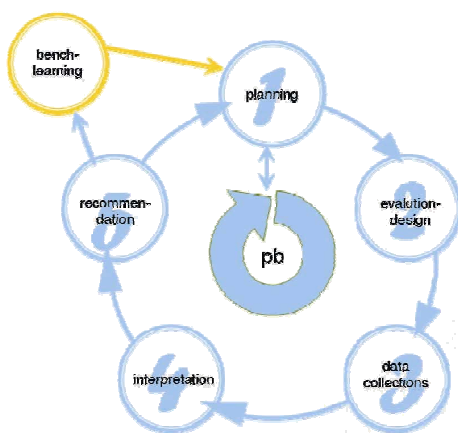


Abb. 2 Erweiterung auf "fünf plus eins" Daramus 2008, (verändert)

Interessiert beobachtet Erfurt die ersten Erfahrungen anderer Städte zu Stadtteilhaushalten oder die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in Form von Schülerhaushalten oder ähnlichem. Ein benchlearning der Kommunen im europäischen/weltweiten Kontext - auf der Grundlage von breiten Analysen könnte vielleicht Mut machen, andere Formen oder sogar weitergehende Partizipationsangebote zu erproben.

Wird der Bürger*beteiligungshaushalt* in den nächsten Jahren gut angenommen, so ist über die Einführung eines geeigneten "Votingverfahrens" von Seiten der beteiligten Bürgerschaft nachzudenken, um eine Vorauswahl der besten

Vorschläge zu treffen und Stadtrat und Verwaltung nicht mit hunderten Anregungen "lahmzulegen".

Für das Ziel der Weiterentwicklung des Konzeptes Bürgerbeteiligungshaushalt erscheint eine weitere Frage interessant: „Ist die postulierte Möglichkeit einer gemeinsamen europäischen Lernerfahrung aus den verschiedenen Herangehensweisen und kulturellen Besonderheiten tatsächlich gegeben, die bei Vergleich, Bewertung und im Experiment zu einer neuen Qualität in allen Ländern führen könnte?“



**Quellen:**

Daramus, Carmen (2008) Evaluation beteiligungsorientierter Haushaltsplanaufstellungs-verfahren, in: Partizipative Haushaltspolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Seminar 10.-11.3.2008, Deutsches Institut für Urbanistik. Berlin

Landeshauptstadt Erfurt (2007) Bürgerbeteiligungshaushalt der Thüringer Landeshauptstadt 2007. Erfurt, [www.erfurt.de](http://www.erfurt.de), [www.erfurt.de/ef/de/engagiert/bbhaushalt/](http://www.erfurt.de/ef/de/engagiert/bbhaushalt/), <http://www.buergerhaushalt.de/>

Stadtverwaltung Jena (2008) Bürgerhaushalt 2008. Entscheiden Sie mit über die Verwendung der Mehreinnahmen des Vorjahres  
[http://www.jena.de/fm/41/Buergerhaushalt2008\\_Mittelverwendung\\_Mehreinnahmen2007.pdf](http://www.jena.de/fm/41/Buergerhaushalt2008_Mittelverwendung_Mehreinnahmen2007.pdf)



## 1. Arbeitsphase: Erfahrungsaustausch vor der Mittagspause

Nach den Impulsreferaten erhielten die Teilnehmenden Gelegenheit, ihre ersten Eindrücke in einer kurzen Murmelphase mit ihren Nachbarn auszutauschen, um im Anschluss daran noch unbeantwortete Fragen, eigene Kommentare oder Ergänzungen ins Plenum zu geben. Ausgehend von der Spannung zwischen dem stark auf Zielgruppen fokussierten Empowerment-Ansatz und dem mehr auf eine hohe Teilnehmerzahl ausgerichteten E-participation-Ansatz wurden vor allem Fragen zur Selektivität von Verfahren und zum Einbezug spezieller Bevölkerungsgruppen angesprochen.

<b>Äußerungen zum Thema Einbeziehung und Selektivität</b>	
<b>Plenum</b>	<b>Referenten</b>
<p>Man sollte mit den zentralen Verfahren einsteigen: Wie kommt man an die stärker benachteiligten Gruppen in den Vierteln heran? Wie kann man das herunterbrechen?</p> <p><i>Wen erreicht man?</i> In Köln wurde hauptsächlich über das Internet beteiligt. Bundesweit haben aber nur etwa 55–60 % der Haushalte Internetanschluss. Schließt das Verfahren also nicht viele aus?</p> <p>Wie erreicht man die »beteiligungsfernen Schichten«? Hier könnte man möglicherweise das Sozialstrukturmodell der »sozialen Milieus« anwenden, das in der Marktforschung verwendet wird. Beispielsweise gehören nur drei von zehn Milieus zu den Zeitungslesern. (Diese Frage könnte man vielleicht beim nächsten Netzwerktreffen vertiefen.)</p> <p>Provokativ gefragt: Müssen die Teilnehmer von Bürgerhaushaltsverfahren überhaupt repräsentativ sein? Der Rat ist ja schon die Repräsentanz der ganzen Bürgerschaft.</p>	<p>Soziale Benachteiligung gibt es auch in Deutschland. Deshalb brauchen wir ein Mehrkanalsystem des Bürgerhaushalts. Formen zur Ansprache von benachteiligten Gruppen gibt es bereits: Illegale Arbeitgeber finden ihre illegalen Arbeitnehmer, nur die Verwaltung findet den Weg zu den Menschen nicht.</p> <p>Randgruppen wurden in Groß-Umstadt tatsächlich nicht einbezogen. Es läuft aber ein Jugendprojekt »Ujam« (Umstädter Jugend arbeitet mit) mit einem kleinen Budget, mit dem die Jugendlichen eigene Projekte verwirklichen können. Vor allem sind die Agendaprojekte automatisch in den Bürgerhaushalt eingeflochten. Sie ändern durchaus wirklich etwas am Haushaltsplan.</p> <p>Das Internet wird in Zukunft ein größeres Thema sein. Die Jugend ist zu 100 % im Internet. Die Bis-30-jährigen beteiligen sich sonst kaum, eventuell ist das über das Internet möglich.</p> <p>Man versucht, das Verfahren zu vereinfachen, um den Diskussionsaufwand zu verringern. Das »Massengeschäft« (der standardisierten Beteiligung über das Internet) hat gute Gründe, lässt aber trotzdem qualitativ hochwertige Vorschläge zu und schließt keine Gruppen aus.</p> <p>In einem Fall haben sechs SPD-Ortsvereine Anregungen gebündelt eingebracht. Das ruft einen Lobby-Vorwurf hervor. Ist es nicht symptomatisch? Was heißt das für die Mitgliederbeteiligung in der Partei, wenn die Ortsverbände ihre Vorschläge nicht innerhalb der Partei und über den Rat einbringen (können)?</p> <p>Warum sind die Informations- und Mediengewohnheiten verschiedener Milieus anders? Hier zeigen sich auch kulturelle Differenzen; wir haben es mit einem Dauerproblem zu tun. In manchen Milieus wird es als positiv verstanden, wenn man Angebote der Verwaltung verweigert.</p> <p>Was spricht dagegen, wenn Stimmen mobilisiert werden, wenn Dritte Einfluss auf den Verlauf des Verfahrens nehmen? Ist das wirklich illegitim?</p> <p>In zehn Jahren wird sich die Frage nach dem Internet nicht mehr stellen. In Köln gab es neben dem Internet auch die Möglichkeiten, zu Vertrauenspersonen im Bezirksamt zu gehen und Vorschläge telefonisch und auf Antwortkarten einzubringen.</p>

Ein Teil der Äußerungen bezog sich auf Kosten und Nutzen von Bürgerhaushalten, ein Verhältnis, das nach Ansicht von Teilnehmenden nur schwer zu erfassen sei.

<b>Äußerungen zum Thema Kosten und Nutzen von Bürgerhaushalten</b>	
<b>Plenum</b>	<b>Referenten</b>
<p>Wie groß ist der Personalaufwand (in der Verwaltung) für den Bürgerhaushalt?</p> <p>Wie viel Geld braucht man, um einen Bürgerhaushalt so anzuschieben, dass er läuft?</p> <p>Bemerkenswert ist, dass ein hoher Anteil der Bürger keine Schulden will. Danach sollten die Bürger überall gefragt werden.</p>	<p>Es wird nicht erfasst, was die Mitarbeiter in der Verwaltung für den Bürgerhaushalt tun. Daraus könnte man ja auch Argumente gegen den Bürgerhaushalt ableiten. Wir nennen das »Eh-da-Kosten«, weil die Mitarbeiter eh da sind.</p> <p>Alle Anregungen werden in Ausschuss- und Fraktionssitzungen behandelt. Die Beteiligung bringt schon etwas. Es gibt Vorschläge, die etwas kosten, und andere, die zu Einsparungen führen.</p>

Kosten und Nutzen des Bürgerhaushaltes hängen auch von der Qualität und der Methodik des Verfahrens ab, auch hierzu gab es einige Äußerungen.

<b>Plenumsäußerungen zum Thema Methodik und Verfahren</b>
<p>Qualität des Dialogs: Herr Michaelis (Groß-Umstadt) sprach von »Bürgerbeteiligung als Volkshochschule«. Versammlungen, in denen die Leute miteinander reden, können das sein (im Gegensatz zum Internet). Wo liegen die Vorteile eines stark geregelten Verfahrens?</p> <p>Wann setzt die Bürgerbeteiligung ein: vor oder nach den Eckwertebeschlüssen des Rates? Wo wurden wirklich Haushaltsposten des Kämmers nach der Beteiligung verändert? Haben die Bürger wirklich eine Chance, etwas zu verändern? Bedeutet der Bürgerhaushalt, dass die Bürger »beteiligt« werden, oder beteiligen die Bürger aus ihrer Autonomie heraus die Verwaltung?</p> <p>In einem kleineren Ort (15.000 Einwohner) wurde versucht, vorbereitete gezielte Fragen an die Bürger heranzutragen. Ihre Vorschläge hatten dann einen größeren Einfluss auf den Haushaltsplan. Es hat sich bewährt.</p> <p>Wie lässt sich über das Internet ein Dialog gestalten, der nicht nur auf Masse setzt, sondern auf Qualität? Wäre es dazu zweckmäßig, nicht nur Vorschläge der Bürger zu sammeln, sondern von der Verwaltung Fragen zu stellen und das Votum der Bürger dazu einzuholen?</p>

Da noch nicht in allen Kommunen der Teilnehmenden Bürgerhaushalte existieren, gab es auch Äußerungen zum Thema der Initiierung.

<b>Plenumsäußerungen zum Thema Initiierung von Bürgerhaushalten</b>
<p>Bei allen Beispielen gingen die Bürgerhaushalte von den Kommunalverwaltungen aus (nur in England von der Regierung). Können die Bürger auch Bürgerhaushalte initiieren? In Münster wurde das versucht. Das nordrhein-westfälische Gesetz bestimmt, dass die Bürger sich zum Haushaltsplan äußern können. Die Verwaltung ist damit aber überfordert und hat alle Vorschläge abschlägig beschieden.</p> <p>In Pforzheim wurde fünf Monate vor der Kommunalwahl eine eigene »Liste Bürgerbeteiligungshaushalt« gebildet, die 4,3 % und damit beinahe zwei Sitze errungen hat. Das Problem ist jetzt, wie man den Antrag auf einen Bürgerhaushalt in den Rat einbringt und dabei die Widerstände überwindet. Wo lagen die Widerstände bei den bisherigen Verfahren?</p>

Mit diesen Äußerungen waren die Grundsteine für den informellen Erfahrungsaustausch in der Mittagspause und den formellen Austausch in der Arbeitsphase am Nachmittag gesetzt.

## 2. Arbeitsphase: Erfahrungsaustausch an den Thementischen

### Thementisch 1: Bürgerhaushalt und der Gender-Aspekt – wie kann man das verbinden?

Aufbauend auf einen Impuls von Dr. Cornelia Hösl-Kulike schloss sich eine Diskussion an, deren wichtigste Ergebnisse dokumentiert und im Plenum von Ulrich Nitschke präsentiert wurden. Zum besseren Verständnis hier zunächst einige Auszüge aus dem Impuls von Dr. Hösl-Kulike, bevor die Diskussion der Arbeitsgruppe zusammengefasst wird.



Impuls: Bericht über den gendersensiblen Beteiligungshaushalt 2009/2010 der Stadt Freiburg im Breisgau  
*Dr. Cornelia Hösl-Kulike* - Geschäftsstelle Gender Mainstreaming, Stadt Freiburg im Breisgau

Hösl-Kulike berichtete über das Kooperationsprojekt: Geschlechtersensibler Beteiligungshaushalt Freiburg 2009/2010. Nach ihren Ausführungen sind die Stadt Freiburg und die Landesstiftung Baden-Württemberg Kooperationspartner bei der Durchführung des Projekts, das im Rahmen des Programms „Chancen=Gleichheit. Gleiche Chancen für Frauen und Männer“ der Landesstiftung realisiert wird. Als zentrale Aspekte von Gender Budgeting im Rahmen des Projektes stellte Hösl-Kulike folgende Punkte vor:

1. Geschlechterdifferenzierte Analyse des gesamten Haushaltes. Wer nutzt die kommunalen Leistungen?
2. Gender-Informationen für die Bürgerschaft.
3. Qualifizierungen aller Beteiligten zum Thema Gender Budgeting (ca. 46 Personen, darunter 8 GemeinderätInnen).
4. Geschlechtergerechte Partizipation sicherstellen.

Zur Darstellung der geschlechterdifferenzierten Analyse erläuterte die Referentin unterschiedliche Beispiele.

#### **Ausgaben für Sicherheit und Ordnung**

- ▶ 2006 musste gegenüber gewalttätigen Männern im familiären Umfeld 32 mal ein Platzverweis ausgesprochen werden. Das Verbot des Fahrens von Mofas und Fahrrädern vor allem aufgrund von zu hohem Alkoholkonsum traf 2007 zu 88 Prozent Männer und zu 12 Prozent Frauen.
- ▶ Beim Amt für Brand- und Katastrophenschutz Freiburg sind 5 Frauen und 128 Männer (davon 119 Männer als Einsatzbeamte der Berufsfeuerwehr) beschäftigt. 6 Frauen und 411 Männer sind ehrenamtlich bei der Freiwilligen Feuerwehr engagiert.

#### **Schulen**

- ▶ Mädchen und junge Frauen besuchen häufiger das Gymnasium, sie stellen in Freiburg 55 Prozent an dieser Schulart. In Hauptschulen dagegen sind Jungen mit 55 Prozent vertreten. Stark überrepräsentiert sind sie mit 67 Prozent im Vorschulbereich und mit 65 Prozent an Sonder- und Förderschulen.

#### **Museen**

- ▶ Frauen besuchen mit 54 Prozent die Museen etwas mehr als Männer, das hängt jedoch auch vom Thema der jeweiligen Sonderausstellung ab.

## Theater

► Etwa 58 Prozent des Publikums im Theater Freiburg waren 2006/2007 Frauen. Der Spielplan enthält gezielt Stücke, die Geschlechterrollen kritisch reflektieren. Das Theater Freiburg bemüht sich zum Beispiel durch das Angebot von Kinderbetreuung bei Vorstellungen um familiengerechte Angebote.

## Angebote für suchtkranke Menschen

► Die geschlechtersensibel ausgerichteten Angebote richten sich differenziert an verschiedene Suchtproblematiken von Alkoholsucht bis Spielsucht. Eine Beratungsstelle befasst sich ausschließlich mit frauenspezifischen Suchtfragen.

## Kindertageseinrichtungen

► Die Stadt Freiburg finanziert 973 Plätze für unter Dreijährige, 6.382 Plätze für 3-7-Jährige und 1.242 Plätze für Schulkinder. Tagespflege und Kindertageseinrichtungen haben zwei zentrale fach- und genderpolitische Ziele: die Förderung von Chancengleichheit von Mädchen und Jungen sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zur Umsetzung dieser Ziele wird die Stadt Freiburg die Versorgungsquote für unter Dreijährige 2008 auf 20 Prozent erhöhen und strebt bis 2014 eine Versorgungsquote von 39 Prozent an. Die Betreuungszeiten sollen flexibler werden und Benachteiligungen stärker ausgeglichen werden.

Bezüglich der Gender-Informationen für die Bürgerschaft, so Hösl-Kulike, sei zu bedenken:

- Bilder sagen mehr als tausend Worte.
- Beispiele verdeutlichen.
- Geschlechtergerechte Sprache.
- Nicht überall, wo „Gender drin ist“, muss auch „Gender draufstehen“.

Qualifizierungen zu Gender Budgeting erhielten:

- In der Verwaltung: Stadtkämmerei; Prozessbeteiligte AG; AG Gender/ Ansprechpersonen/ Dezernatsbüroleitungen.
- Gemeinderätinnen und Gemeinderäte.
- Mentorinnen und Mentoren der Stadtkonferenz.
- Teilnehmende Bürgerinnen und Bürger im Rahmen des Beteiligungsverfahrens.

Jede Verteilung habe laut Hösl-Kulike Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse von Frauen und Männern. Dazu sollte ermittelt werden:

- Wer nutzt die geförderte Infrastruktur?
- Welche Zielgruppen werden erreicht?
- Welche Wirkung wird erzielt?

Beispielsweise heißt weniger Geld für Kinderbetreuung, Mehrarbeit für Eltern (meist für Mütter) und zwar mehr unbezahlte Arbeit! Weniger Geld für den öffentlichen Nahverkehr bedeutet weniger Mobilität vor allem für Kinder, Jugendliche, Frauen, Seniorinnen und Senioren, die diesen in Freiburg stärker als andere Gruppen nutzen. Der Sportentwicklungsplan Freiburg zeige, dass mehr Frauen als Männer die Hallenbäder nutzen. Würden die Zuwendungen gekürzt, seien Frauen stärker betroffen.

Zur geschlechtergerechten Partizipation empfahl Hösl-Kulike folgende Vorgehensweisen:

- Alle Bevölkerungsgruppen (differenziert nach Alter, Geschlecht, sozialer Stellung, Migrationshintergrund) sollten einbezogen werden.
- Gemischtgeschlechtliches Moderationsteam.
- Über einen Beteiligungsmix eine ausgewogene Beteiligung erreichen.
- Alle sollen sich im Verfahren artikulieren können.
- Gezielt Frauen und Jugendliche ansprechen.

Hierzu seien in Freiburg drei Beteiligungsebenen einbezogen worden:

- ▶ Beteiligung über eine repräsentative Umfrage.
- ▶ Beteiligung per Internet über Haushaltsrechner und Onlineforum.
- ▶ Persönliche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in der Stadtkonferenz.

Die Stadtkonferenz habe im Juni 2008 stattgefunden mit 1,5 Tagen Diskussion.

Hierzu gab es eine Anmeldephase ab März 2008, in Stadtteilen, städtischen Einrichtungen, Internet etc.



Teilnehmende waren: Bürgerinnen und Bürger, Interessenvertretungen, MultiplikatorInnen, Oberbürgermeister, Dezernenten, ExpertInnen aus der Verwaltung:

- ▶ 206 Bürgerinnen und Bürger im Alter zwischen 12 und 84 Jahren (Mehrzahl zwischen 40 und 60), aus fast allen Stadtteilen und unterschiedlichen beruflichen Hintergründen. 94 Frauen und 112 Männer nahmen teil.
- ▶ 30 Achtergruppen mit kurzen Arbeitsphasen, hoher Dynamik und immer wieder wechselnde Gruppenzusammensetzungen, zeitweise reine Frauen- und Männergruppen.
- ▶ Frage nach der Zielrichtung der Stadtentwicklung: „Welche Stadt wollen wir sein? Wohin soll sich Freiburg in den nächsten beiden Jahren schwerpunktmäßig entwickeln?“

Ergebnisse

- ▶ Ganztagsbildung und -betreuung für Kinder ist ein absolut prioritäres Ziel für alle. Es wird Nachmittagsbetreuung an Schulen und Ganztagsbetreuung von Kindern zwischen 0 und 6 Jahren gefordert.
- ▶ Unterschiede zwischen Frauen und Männern: zum Beispiel legten Frauen bei der Stadtplanung größeren Wert auf Sicherheit als Männer, während die Männer eher wirtschaftspolitisch orientiert sind.
- ▶ Eine Frauenarbeitsgruppe formulierte, dass sie immer wieder beim Thema „Frauen und Beruf“ und der Vereinbarkeit angelangten.
- ▶ Die Seniorinnen-AG berichtete, dass sie sich einen Stadtplan mit öffentlichen Toiletten wünscht.

Ziele für die Stadtentwicklung

Eine Stadt für Kinder, Jugendliche und Familien ...

- ▶ ... attraktiv durch Bildung und Wissenschaft.
- ▶ ... mit hohen Qualitäten im Umwelt-, Natur- und Klimaschutz.
- ▶ ... attraktiv durch Kultur- und Freizeitangebote.

Dieses erste Stimmungsbild konkretisierte sich argumentativ während der Stadtkonferenz und scheint auch seine Entsprechung in der Umfrage zu haben: Dort plädierten die meisten BürgerInnen dafür, mehr Geld für die Betreuung von Kindern an Schulen auszugeben.

Die erste Frage lautete: Welche Ziele sollte Freiburg in den nächsten Jahren erreichen?

Die drei Top-Themen für Freiburger BürgerInnen sind:

- ▶ Kinder, Jugendliche und Familie (62%) - davon 67% Frauen und 56% der Männer
- ▶ Bildung und Wissenschaft (58%) - annähernde Übereinstimmung
- ▶ Umweltschutz (48%) - 62% Frauen und 53% der Männer



Neben den Top-Themen gab es noch drei weitere Bereiche, mit deutlichen Unterschieden:

- ▶ wirtschaftsfreundlicher Standort 36% Männer & 28% der Frauen
- ▶ Belange älterer Menschen 49% Frauen & 36% Männer
- ▶ Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen: 45% Frauen & 25% Männer

Eine weitere Kernfrage: Soll Freiburg mehr ausgeben/ einsparen/ keine Veränderung gewünscht?

Unterschiede mit mehr als 5 Prozent zwischen Frauen und Männern:

Frauen würden an folgenden Stellen mehr ausgeben als Männer:

- ▶ Betreuungsangebote an Schulen (alle: 62%, M: 58%, F: 66%),
- ▶ Jugendtreffpunkte (alle: 46%, M: 40%, F: 50%),
- ▶ Beratungsstellen (alle: 30%, M: 25%, F: 33%),
- ▶ Integration ausländischer Bürgerinnen und Bürger (alle: 24%, M: 21%, F: 27%),
- ▶ Schwimmbäder (alle: 22%, M: 19%, F: 25%).

Männer würden in folgenden Bereichen mehr ausgeben als Frauen:

- ▶ Wirtschaftsförderung (alle: 15%, M: 22%, F: 15%),

## Unterschiede bei den Einsparungen zwischen Männern und Frauen ...

Unterschiede mit mehr als 5 Prozent zwischen Frauen und Männern:

- ▶ Theaterangebot (alle: 31%, M: 35%, F: 28%)
- ▶ Musikangebote (alle: 22%, M: 27%, F: 18%)
- ▶ Schwimmbäder (alle: 14%, M: 18%, F: 10%)
- ▶ Beratungsstellen/ Treffpunkte für Senioren (alle: 11%, M: 15%, F: 8%),
- ▶ Integration ausländischer Mitbürger (alle: 15%, M: 18%, F: 12%)
- ▶ Beratungsstellen (alle: 9%, M: 12%, F: 6%).

Die Ergebnisse, so Hösl-Kulike, zeigten, dass es sinnvoll ist, zwischen Frauen und Männern zu unterscheiden.

Mehr Informationen unter [www.freiburg.de/beteiligung](http://www.freiburg.de/beteiligung) unter „Infothek“ und „Haushaltsposten“ und auf der Seite der Geschäftsstelle Gender Mainstreaming unter [www.freiburg.de/gm](http://www.freiburg.de/gm)

## Diskussion am Thementisch

Die oben dargestellten Informationen dienen als Grundlage für einen Impuls, nachdem in der Arbeitsgruppe über Vorgehensweisen und Erfolgsfaktoren am Beispiel des BHH Freiburgs diskutiert wurde. Ergänzend wurde das Haushalts-beispiel Wien angesprochen, wo ebenfalls Gender-Aspekte berücksichtigt wurden, es aber keinen BHH-Prozess gegeben habe.



Ein wichtiger Diskussionspunkt war die Erkenntnis, dass Einsparungen am Haushalt in der Regel vor allem zu Lasten der Frauen erfolgen. In der Schweiz gebe es eine Untersuchung zu dem Thema „An den Frauen sparen?“

Die auf Karten notierten Arbeitsergebnisse finden sich hier:

## Vorgehensweisen und Erfolgsfaktoren

- Fortbildung für Kämmerer und Kommunalpolitik
- Landesämter für Statistik einbinden
- Gender und diversity zusammen!
- Gute Öffentlichkeitsarbeit zu geschlechtsspezifischen Angeboten und Daten!
- Projektförderung Landesstiftung Baden-Württemberg
- Geschlechtsspezifische Antwortquoten! Stadtteil...spezifisch + usw.
- Familien- und kinderfreundliche Stadt
- Verfahrenstechnische Unterstützung: Methoden-Mix, themenbezogenes Vorgehen, Haushaltsrechner und Internet
- Geschlechtsspezifische Datenbasis – verwaltungsübergreifend
- Gender-Budgeting erfordert Repräsentativität der Geschlechter
- AG-Gender auf Amtsleitererebene



## Ergänzungen

- Beispiel Wien: Gender-Budget ohne Beteiligung
- Aufräumen mit Vorurteilen und Missverständnissen 50:50...usw.
- Beteiligung von besonderen Gruppen? Migranten, Senioren, Jugendliche



## Thementisch 2: Internet und Bürgerhaushalt – wie geht das?

Inputgeber: *Volker Vorwerk*, ZebraLog, am Beispiel der Stadt Bergheim

Ausgehend vom Beispiel Bergheim wurde der Einsatz des Internets bei Bürgerhaushalten besprochen. Grenzen, Funktionen und die Spannung zwischen Lobbyismus und Meinungsbildung wurden diskutiert und Lösungen skizziert.

### Das Beispiel Bergheim

Zum Einstieg berichtete Volker Vorwerk über den Bürgerhaushalt im nordrhein-westfälischen Bergheim mit 63.000 Einwohnenden. Besonderheiten des medienübergreifenden Verfahrens waren, dass Vorschläge der Verwaltung bewertet und eine Notebook-Klasse eines Gymnasiums eingebunden wurden. Ein Beirat verband die Bürgerbeteiligung mit lokalen Vereinen und zivilgesellschaftlich aktiven Verbänden. Im Unterschied zum ersten Bürgerhaushalt in 2005 wurde 2008 das Internet intensiv genutzt.



Wie beim ersten Durchgang wurden die Bürgerinnen und Bürger über eine Broschüre mit Antwortbogen und ein Bürgerforum mit zufällig ausgewählten Personen beteiligt. Die Verwaltungsvorschläge konnten in allen Medien bewertet werden, Bürgervorschläge im Internet und auf der Bürgerversammlung. Die Bewertungen waren vergleichbar, da das gleiche Bewertungsraster eingesetzt wurde: „Ich unterstütze die Maßnahme“ mit den drei Antwortmöglichkeiten: „ja“, „unentschieden“ oder „nein“.

Die Bürgerbeteiligung am Haushalt begann am 18. Februar, am Tag der Einbringung des Entwurfs des Haushaltsplans in den Rat und endete am 12. März mit dem Bürgerforum. Der Haushalt wurde am 2. Juni durch den Rat beschlossen. Verwaltung und Ratsfraktionen hatten damit genügend Zeit, um die noch im März vorliegenden Ergebnisse der Bürgerbeteiligung bei der Haushaltsplanung zu berücksichtigen. Ein Rechenschaftsbericht rundete das Verfahren ab.

Das Internet etablierte sich auf Anhieb zum Leitmedium. Das Beteiligungsportal wurde am 19. Februar freigeschaltet. Drei Wochen konnten im Internet Vorschläge zum Haushalt eingegeben, kommentiert oder bewertet werden. Ausgangspunkt waren 32 Vorschläge der Verwaltung. Mit rund 90.000 Seitenaufrufen, 6.000 identifizierbaren Besuchenden, 578 Anmeldungen, 9.428 Bewertungen, 1.102 Kommentaren und 357 Vorschlägen war die Beteiligung im Verhältnis zur Wohnbevölkerung größer als im benachbarten Köln.

Von den an alle 32.000 Haushalte verteilten Broschüren mit Antwortbogen kamen 194 ausgefüllt zurück. Von den 2.800 zufällig angeschriebenen meldeten sich 80 Bergheimerinnen und Bergheimer zum Bürgerforum an, 50 nahmen schließlich teil. Dank des Zufallsverfahrens waren Männer und Frauen gleich stark und die 13 Stadtteile entsprechend ihrer Wohnbevölkerung vertreten.

Das Beispiel Schulen zeigt, wie einige der Ergebnisse der Bürgerbeteiligung präsentiert wurden. Aus den Bewertungen (ja = +1, unentschieden = 0, nein = -1) wurden Mittelwerte gebildet. Von den Vorschlägen der Verwaltung wurde die zusätzliche Beschaffung von Lehr- und Unterrichtsmaterialien durch die Stadt sowohl im Internet als auch im Fragebogen und im Bürgerforum stark unterstützt, die Mittelwerte lagen bei 0,9 bis 1,0, was eine nahezu hundertprozentige Unterstützung bedeutet. Ähnliches galt für die zusätzliche Beschaffung

von Einrichtungsgegenständen und die Betriebskostenzuschüsse für die Träger der offenen Ganztagschule. Bei den Ausgaben für die Mittagsverpflegung in Gymnasien fiel die Unterstützung hingegen geringer aus. Bei den Bürgervorschlägen wurden die Einstellung zusätzlicher Schulsozialarbeiter und die Einrichtung einer 2. Gesamtschule gut geheißen. Die Einführung von Samstagsunterricht wurde eher unentschieden bewertet.

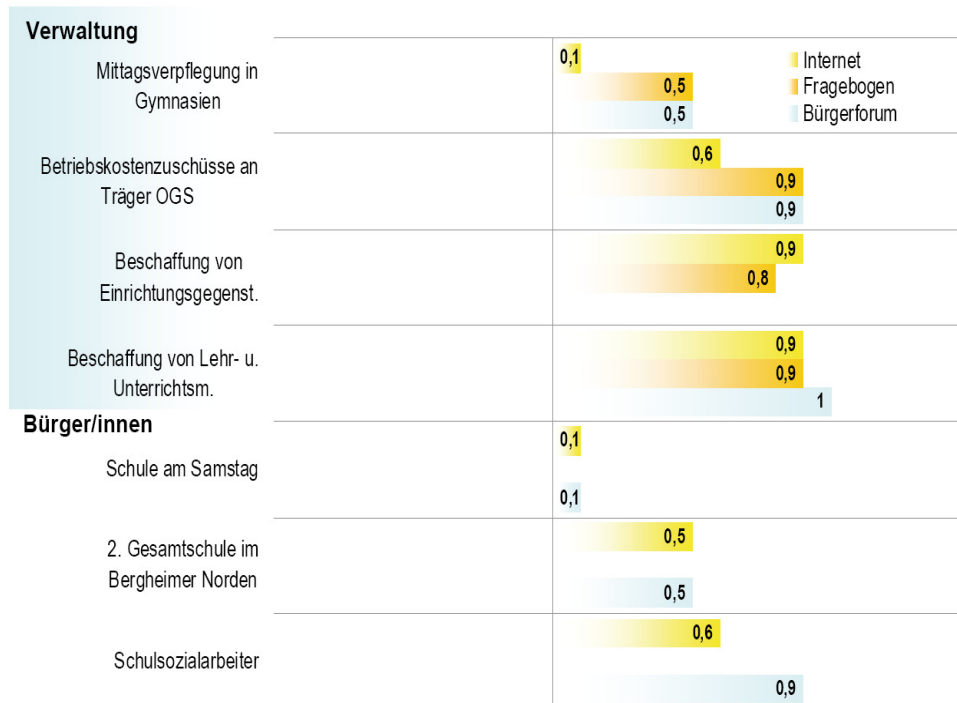


Abb. 1: Bewertung einiger Vorschläge zu Schulen beim Bürgerhaushalt Bergheim

Mit 852 Personen, etwa zwei Prozent der Wahlberechtigten, konnte die Zahl der Aktiven gegenüber 2005 mit 572 um 50 Prozent gesteigert werden. Und dies, obwohl die öffentliche Brisanz in 2008 geringer war, da einschneidende Sparvorschläge fehlten. Nicht zuletzt über die Notebook-Klasse gelang die Aktivierung junger Menschen für kommunalpolitische Themen.

Durch die Bürgerbeteiligung stand der Politik ein differenziertes Meinungsbild der Bevölkerung zur Verfügung. Am 2. Juni 2008 wurde der Doppelhaushalt 2008/2009 im Rat beschlossen.

Der Bürgervorschlag, die Beteiligungsplattform im Internet zu einer Dauereinrichtung zu machen, fand breite Unterstützung. Die Beteiligung via Internet soll auch in Zukunft bei der Haushaltsaufstellung genutzt werden. Weitere Infos unter: [www.haushalt-bergheim.de](http://www.haushalt-bergheim.de)

### Ergebnisse der Arbeitsgruppe

Im Zentrum der Arbeitsgruppe standen die Vor- und Nachteile der Nutzung des Internets. Es wurden fünf Typen von Bürgerhaushalten unterschieden, Flaschenhalse, Funktionen der Online-Beteiligung und die Spannung zwischen Lobbyismus und Meinungsbildung diskutiert sowie der Datenschutz thematisiert.

### Fünf Typen zur Einordnung von Bürgerhaushalten

Die bestehenden Bürgerhaushalte können hinsichtlich fünf Aspekten unterschieden werden. (1) Eine erste Unterscheidung betrifft die Frage, ob die Verwaltung eigene Vorschläge durch die Bürgerinnen und Bürger bewerten lässt. In Bergheim war dies der Fall, in Köln nicht und in Berlin-Lichtenberg galt dies nur für die alle fünf Jahre anstehenden Investitionsentscheidungen.

(2) In einigen Fällen (Hamburg, Freiburg) wurde ein Haushaltsrechner eingesetzt, mit dem die Beteiligten den Gesamthaushalt auf verschiedenen Posten verteilen können. Andere Bürgerhaushalte (Köln, Berlin-Lichtenberg, Bergheim, Potsdam) stellten die Formulierung von Vorschlägen und deren Bewertung in den Mittelpunkt.

(3) Für das Internet stellt sich die Frage, wie hoch die Hürden der Beteiligung sind. Niedrige Hürden maximieren die Zahl der Beteiligten, aber die Gefahr von Missbrauch erhöht sich, wenn sich zum Beispiel eine Person mit mehreren E-Mails anmeldet. In Köln durften Vorschläge ohne vorherige Registrierung abgegeben werden. In Bergheim, Potsdam oder Berlin-Lichtenberg war dies nur registrierten Personen möglich. Bewerten durften auch in Köln nur Personen, die sich mit einer gültigen E-Mail-Adresse angemeldet hatten. In Potsdam und Berlin-Lichtenberg durften zudem nur Personen Vorschläge votieren, die dort wohnen bzw. arbeiten. Zu erwähnen sind auch Verfahren, in denen das Internet nur zur Information diente und Vorschläge allenfalls per E-Mail abgegeben werden konnten. Hiervon machen die Bürgerinnen und Bürger erfahrungsgemäß kaum Gebrauch. Ähnliches gilt für einfache Online-Fragebögen ohne die Möglichkeit, Kommentare abzugeben.

(4) Weiterhin können die Verfahren danach unterschieden werden, ob und wie die Ergebnisse aus dem Internet mit vor-Ort Veranstaltungen verknüpft wurden. Auch wenn im Internet Vorschläge kommentiert werden können, kann der Dialog unter Anwesenden intensiver sein. In Bergheim und vor allem in Berlin-Lichtenberg spielten vor-Ort Diskussionen eine wichtige Rolle. In Köln wurde hierauf verzichtet.

(5) Auch der Zeitpunkt der Beteiligung ist unterschiedlich. Während viele Bürgerbeteiligungen zwischen der Einbringung des Haushaltsentwurfs und dem Beschluss durch den Rat stattfanden (Köln, Bergheim), begannen die Bürgerbeteiligungen in Berlin-Lichtenberg noch vor dem Entwurf durch die Verwaltung. Dies hat den Vorteil, dass die Vorschläge der Bevölkerung bereits im Entwurf der Verwaltung berücksichtigt werden können.

### **„Flaschenhalse“ der Online-Beteiligung**

Gerade erfolgreiche Verfahren mit vielen Beteiligten und 5.000 Vorschlägen - wie in Köln - warfen Fragen auf. Wie können so viele Vorschläge sinnvoll verarbeitet werden? Was geschieht mit ähnlichen oder identischen Vorschlägen? Eine Lösung war, dass nur die zehn oder 100 bestbewerteten Vorschläge berücksichtigt wurden, was auch noch verbesserungsfähig sei. In Berlin-Lichtenberg und Potsdam wurden überdies Redaktions-Konferenzen eingesetzt, um ähnliche Vorschläge zusammenzuführen. Zukünftig sollte die Moderation während der Online-Phase Vorschläge zusammen führen, oder es könnte mit Wiki-Funktionen experimentiert werden.

### **Funktionen von Online-Plattformen**

Online-Plattformen verbesserten die Bekanntheit der Planungen der Verwaltung und erhöhten damit die Transparenz. Dies gilt vor allem, wenn die Bevölkerung Verwaltungsvorschläge bewerten konnte. Auf der anderen Seite erhielten Verwaltung und Politik ein realistischeres Bild davon, wie die Bevölkerung bestimmte Fragen einschätzte. Die Umsetzung der Bürgervorschläge kann im Internet sehr gut dokumentiert werden.

Die Moderation und Redaktion von Online-Dialogen war wichtig. Die Online-Moderation verhinderte unsachliche Beiträge und gewährleistete einen konstruktiven Dialog. Um Interessensüberschneidungen zu vermeiden, wurde eine Moderation durch Externe anstatt durch die Verwaltung empfohlen. Hilfreich war eine fachliche Redaktion (Köln, Bergheim), die Fachfragen der Beteiligten direkt beantwortete.

Erfolgreich war, Vor-Ort-Veranstaltungen, schriftliche bzw. telefonische Beiträge und die internet-gestützte Beteiligung zu kombinieren. Für alle drei Wege sollten vergleichbare Instrumente zur Bewertung von Vorschlägen genutzt werden. Für Online-Dialoge wurden preiswerte Voting-Tools oder Open-Source-Plattformen angeregt.

### Datenschutz

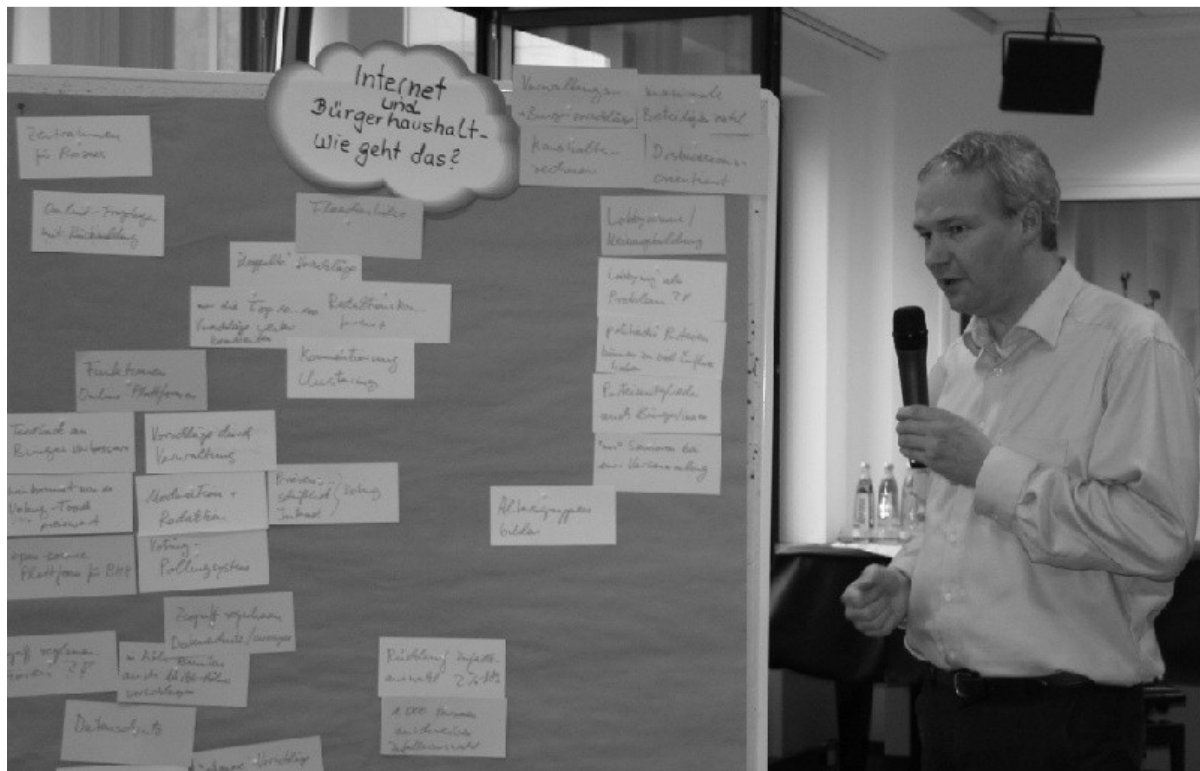
Beim Datenschutz wurde angemerkt, dass die Verwendung der Daten der Beteiligten reglementiert und transparent sein sollte. Als sinnvoll wurden abgestufte Registrierungen und Rechte für das Vorschlagen, Kommentieren oder Bewerten im Internet angesehen. Einige dürften im Schutz der Anonymität ehrlicher sein, während dies Andere zum Missbrauch anregt. Ein Ausweg könnten anonymisierte Login-Verfahren bieten.

### Lobbyismus versus Meinungsbildung

Es wurde die Frage aufgeworfen, inwieweit Lobbyismus im Internet ein Problem sei. Insbesondere politische Parteien könnten zu viel Einfluss gewinnen, da ihre Mitglieder leichter mobilisierbar seien. Hier wurde eingewandt, dass Mitglieder von Parteien auch Bürgerinnen und Bürger seien und zwischen Basis und Führung Differenzen bestehen können.

Umgekehrt könne Lobbyismus dazu führen, dass andere Gruppen aktiviert würden. Da die Entscheidung weiterhin bei der Politik liege, wurde die Gefahr einer einseitigen Interessensdurchsetzung durch Lobbyismus als gering gewertet, insgesamt überwiege die Funktion einer differenzierten Meinungsbildung.

Auch die Nutzung unterschiedlicher Medien wirke dem Lobbyismus entgegen, da unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen erreicht würden. Versammlungen wurden eher von älteren Menschen besucht, das Internet nutzen eher Jüngere. Durch soziodemografische Daten könnten die Verteilung nach Alter oder Geschlecht bestimmt und zum Beispiel Fragen des Gender Mainstreaming bearbeitet werden.



### Thementisch 3: Planspiel als Beteiligungsinstrument

Als Impulsgeberin stand Denise Engel, Entwicklerin des Planspiels zum Bürgerhaushalt, zur Verfügung, die unterstützt wurde von Christian Wilhelm, der auch die Ergebnisse der Gruppe im Plenum präsentierte. Hier zunächst einige Informationen zum Impuls.

#### I. Einführung

##### Wie kann das Beteiligungsinstrument Planspiel mit dem Bürgerhaushalt verbunden werden?

- Bürgerhaushalt: relativ komplexes Beteiligungsverfahren, das davon lebt, dass möglichst viele Menschen teilnehmen und bereit sind, sich mit dem Verfahren zu beschäftigen.
- Problem: oft gibt es nur wenige Teilnehmer, meistens handelt es sich um ältere, gut ausgebildete Bürger aus der Mittel- und Oberschicht, nur wenige junge Menschen beteiligen sich.
- Planspiel = niedrigschwelliges Beteiligungsangebot, spricht besonders junge Menschen an, kann das Bürgerhaushaltsverfahren zum Thema haben und dieses so auch jungen Bürgern näher bringen, die sonst oft außen vor sind. (Vorbereitung eines BHH, Werbung)



##### Was ist ein Planspiel? Wie funktioniert ein solches Verfahren?

- Planspiel = Spiel, in dem eine Realität (zum Beispiel ein Verhandlungsprozess/BHH-Verfahren) simuliert wird. Dabei „spielen“ die Teilnehmer vorgegebene Rollen und vertreten deren Interessen.
- Planspiele werden eingesetzt, um die Teilnehmer auf den Umgang mit komplexen System vorzubereiten (zum Beispiel die Börse, od. auch der Bürgerhaushalt)
- Planspiele bestehen immer aus drei Komponenten:
  - Simulation eines bestimmten Umfeldes/ einer Umwelt („Stadt xy hat folgende Probleme“)
  - Eine Rollenspielkomponente („du bist der Kämmerer, du hast folgende Aufgaben und folgende Interessen, weil...“)
  - Eine Regelspielkomponente (Verfahrensregeln für den Ablauf des Spiels, bspw. Regeln des Bürgerhaushaltsverfahrens)
- Planspiele werden genutzt, um Konfliktsituationen mit vielen Akteuren zu simulieren. Die Teilnehmer vertreten die Interessen ihrer jeweiligen Rolle in einem bestimmten Szenario, Ziel: Aushandlung einer gemeinsamen Lösung für ein vorgegebenes Problem im Rahmen der Verfahrensregeln.
- Ein Planspiel ermöglicht es, einen Verhandlungsprozess „auszuprobieren“, nebenbei wird das Verfahren (Bürgerhaushaltsverfahren, Arbeitsweise eines Parlamentes) erlernt.

#### II. Wie kann man ein Planspiel für den Bürgerhaushalt nutzen?

Planspiel: spielerische Komponente, erreicht besonders die Zielgruppen, die den Bürgerhaushalt oft nicht kennen oder sich die Teilnahme nicht zutrauen.

- Das Planspiel bringt den Teilnehmern das thematisierte Verfahren näher, ermutigt zur Teilnahme am Beteiligungsprozess.
- Es zeigt die Möglichkeiten auf, die ein Beteiligungsprozess eröffnet.
- Ein Planspiel kann individuell auf das jeweilige Bürgerhaushaltsverfahren zugeschnitten werden.
- Planspiel = kostengünstige, zielgruppenorientierte Werbung für den BHH, Jugendliche können dann als Multiplikatoren die Eltern erreichen.

### III. Diskussion

Nach dem Impuls wurden am Arbeitstisch folgende Aspekte diskutiert und von Christian Wilhelm im Plenum vorgestellt:

#### Wie kann man das Planspiel an Schulen verbreiten?

- Thema Bürgerhaushalt in Lehrplänen und Fortbildung der Lehrer  
Das Thema Bürgerhaushalt sollte als eigenes Unterrichtsthema in den Lehrplänen stehen und Lehrkräfte fortgebildet werden, damit Lehrer mit dem neuartigen Instrument der Bürgerbeteiligung vertraut gemacht werden und das Planspiel am besten selbst mit den Schülern spielen können. Das Planspiel fördere bei den Schülern eine bessere Verständlichkeit der doch komplizierten Materie.
- Streetworker  
Solange der vorherige Punkt noch nicht realisiert ist, wäre es möglich, Streetworker mit dem Thema vertraut zu machen, die in den Klassen das Spiel durchführen könnten.
- Jugendparlament  
Auch Mitglieder von Jugendparlamenten, die in der Regel selbst noch Schüler sind, könnten das Thema Bürgerhaushalt in Ihrer Schule anregen und das Planspiel mit ihren Mitschülern, aber auch anderen Klassen der Schule spielen.
- Wettbewerb  
Kommunen, die den Bürgerhaushalt bereits durchführen, könnten einen Schul-Wettbewerb "Bürgerhaushalt" während der Mitwirkungsphase initiieren, an dem alle Schulen der Stadt teilnehmen könnten. Der Kreativität über die Durchführung und dem Preis seien hier keine Grenzen gesetzt.



#### Welche Zielgruppen wurden bisher vernachlässigt?

- Nicht deutsch sprechende Migranten  
Die Gruppe, die bisher am wenigsten bei Bürgerhaushalten in Deutschland berücksichtigt wurde, sind die nicht deutsch sprechenden Migranten. Informationsbroschüren und Bürgerforen, aber auch Internetbeteiligungsportale wurden bisher ausschließlich in Deutsch kommuniziert. Hier herrscht dringender Verbesserungsbedarf.
- Senioren  
Auch Senioren aus Alten- und Pflegeheimen, aber auch Senioren, die Ihre Umwelt aufgrund von Altersbehinderungen nicht mehr gut wahrnehmen können, haben von Bürgerhaushalten in Ihrer Stadt bisher eher wenig erfahren.
- Jugendliche  
Wie schon die Idee eines Planspiels "Bürgerhaushalt" aufzeigt, gehören auch die Jugendlichen zu der Gruppe, die bisher nicht direkt von der Kommune angesprochen wird, am Bürgerhaushalt teilzunehmen. Hier kann das Planspiel aber einen guten Beitrag zur Information und Mobilisierung leisten.

Was haben Sie bisher getan, um Zielgruppen zu mobilisieren und was für sonstige Instrumente zur Mobilisierung existieren?

Die Diskussion am Tisch hat gezeigt, dass Kommunen bisher äußerst wenig zur Mobilisierung von Zielgruppen getan haben. Die Teilnehmer berichteten, dass sich ihre Kommunen dazu leider auch noch kaum Gedanken gemacht haben. Einzig die Stadt Kassel als Teilnehmerin der Diskussionsgruppe hat bisher den Versuch unternommen, in Schulen und Sportvereinen über das Thema Bürgerhaushalt zu informieren und die Kinder, aber auch die Eltern von einer Mitwirkung zu überzeugen.

Die Gruppe hat sich daraufhin Gedanken gemacht, was es sonst noch für Instrumente der Mobilisierung der oben angesprochenen Zielgruppen gibt.

In Bezug auf die nicht deutschsprechenden Migranten wurde vorgeschlagen, den Ausländerbeirat von der Möglichkeit der Beteiligung in Kenntnis zu setzen, der daraufhin bessere Möglichkeiten habe, auf die Migranten zuzugehen und evtl. Informationsveranstaltungen in anderen Sprachen anzubieten. Auch könnte von der Informationsbroschüre zum Haushalt und der Aufforderung zur Vorschlagsabgabe eine übersetzte Version gefertigt und ausgelegt oder direkt an die Migranten verteilt werden.

Bezug nehmend auf die unterrepräsentierte Gruppe der Senioren wurde von den Netzwerkmitgliedern vorgeschlagen, die Seniorenvertretungen der Kommune zu nutzen, um den Bürgerhaushalt in Alten- und Pflegeheimen sowie in Kirchengemeinden zu verbreiten. Gerade in Kirchengemeinden gebe es viele engagierte Senioren, die an einem Bürgerhaushalt mitwirken würden, wenn sie denn nur wüssten, dass es so etwas Sinnvolles gibt.

Wie zuvor schon bei der Erläuterung des Planspiels als Beteiligungsinstrument erwähnt, wäre es auch bei den Jugendlichen ratsam, die kommunalen Netzwerke wie das Jugendparlament oder Streetworker zu nutzen, um das Thema Bürgerhaushalt den Jugendlichen näherzubringen. Jugendliche können als Multiplikatoren genutzt werden, die ihren Freunden und der Familie von dem Beteiligungsinstrument erzählen könnten.

Generell sollte die Kommune bestrebt sein, ihre eigenen Netzwerke besser für die Verbreitung dieses nicht unkomplizierten Themas zu nutzen.

Letztendlich waren sich die Netzwerkmitglieder einig, dass es immer noch zu viele Gruppen gibt, die bei einem Bürgerhaushalt unterrepräsentiert sind. Dies belegen auch diverse Auswertungen der Kommunen über die Altersstruktur der Mitwirkenden. In der Diskussionsphase wurden aber gute Möglichkeiten der Mobilisierung erarbeitet, sodass es an den Kommunen liegt, diese Möglichkeiten vor allem über ihre eigenen Netzwerke zu nutzen.



#### **Thementisch 4: Bürgerhaushalt und NKF – wie geht das zusammen? Gibt es ein Problem?**

Zunächst einmal wurden die aktuellen Herausforderungen des Themas von den Teilnehmenden zusammengetragen, bevor aufbauend auf einen Impuls von Dr. Lutz Brangsch sich eine Diskussion anschloss, deren wichtigste Ergebnisse von Dr. Hilmar Sturm dokumentiert und im Plenum präsentiert wurden.

#### **Welche Probleme sehen die Teilnehmenden im Verhältnis von NKF und Bürgerhaushalt?**

- Im System von Bilanz und Gewinn- und Verlust-Rechnung stecken viele Bewertungsvorgänge, die nicht transparent sind (beispielsweise hat die Landeshauptstadt München die Bilder der Städtischen Galerie im Lenbachhaus mit dem Versicherungswert angesetzt; das erscheint unrealistisch, da ein Verkauf allenfalls in Krisenzeiten in Frage kommt, in denen diese Werte nicht als Verkaufspreise erzielt werden können). Damit macht das NKF den Haushalt insgesamt eher intransparenter und schafft Manipulationsspielräume für Politik und Verwaltung. Es ist die Frage, ob die Politik die komplexen Bewertungen überhaupt durchschaut.
- Die Definition von »Produkten« und Kostenträgern erscheint manchmal ebenfalls unklar und intransparent.
- Die Bewertung in der Bilanz enthält dann immer noch nicht die wichtigen Daten dazu, welche Folgekosten, welcher Erhaltungsaufwand zum Beispiel für Straßen, angesetzt werden sollten. Zusammen mit der Planungsrechnung erscheint das NKF aber eher transparenter.
- Es gibt ein bestimmtes Budget, über das der Bürger (mit)entscheiden darf. Ist es möglich, für diese Mitentscheidungen Folgekosten und Budgetwirkungen darzustellen?
- Wie erläutert man (den Bürgern), was das NKF ist, wie macht man es populärer?
- In Großbritannien hat man seit 20 Jahren versucht, Kennzahlensysteme den Bürgern nahezubringen; dicke Handbücher wurden verteilt, aber wohl nicht gelesen.
- Der Bürgerhaushalt ist Input-orientiert, nicht strategisch – ein häufiger Vorwurf. Das NKF ist ein Versuch, strategischer zu planen.
- Das NKF kann auch ehrlichere Zahlen liefern. Für die Bürger sind die Kosten einzelner Produkte sicher interessant.
- Heute sind die Begriffe der Haushaltspläne dubios; man muss zu den einzelnen Buchungen gehen. Diese liegen in der Regel nicht offen.
- Der Bürger denkt in Finanzströmen (wie beim Privathaushalt); Abschreibungen versteht kaum einer.
- Im Vergleich zur Erwerbswirtschaft legt fast keine Kommune eine vernünftige, lesbare Bilanz vor. Eine Darstellung wie bei Unternehmen wäre wünschenswert (und schon die ist den meisten Bürgern nicht klar).
- Ein einfacher Bürger versteht weder Kameratechnik noch NKF. Die Transparenz muss durch die Verwaltung auf andere Weise hergestellt werden; sie muss Antworten auf Fragen der Bürger haben.
- Der Bürgerhaushalt in Köln ist vorschlagsorientiert.
- Auf die Dauer ist es wichtig, dass die Bürger realen Einfluss nehmen können. Ist Geld dafür da?
- Die Schwelle sollte niedrig sein. Deshalb sollte man nicht mit der Information anfangen, die verwirrt und abschreckt, sondern gleich mit der Konsultation. Aus ihr ergibt sich dann das Interesse des Einzelnen an den Daten.

- Es geht um eine dauerhafte Akzeptanz des Bürgerhaushalts. Im Moment läuft es sehr gut in Köln. Jeder verfolgt seinen Vorschlag längerfristig. Wenn der abgelehnt wird, entsteht Frustration. Für den ganzen Haushaltsplan interessieren sich die beteiligten Bürger in aller Regel nicht.

### **Impuls: Zum Verhältnis von Neuem kommunalem Finanzmanagement (NKF) und Bürgerhaushalt - Dr. Lutz Brangsch - Rosa-Luxemburg-Stiftung)**

Auf der 173. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und –senatoren der Länder (21.11.2003) wurde beschlossen, „das kommunale Haushalts- und Rechnungswesen von der bislang zahlungsorientierten Darstellungsform auf eine ressourcenorientierte Darstellung“ umzustellen.<sup>4</sup> Die Innenministerkonferenz ging davon aus, „dass die Reform des kommunalen Haushaltsrechts einen grundlegenden Wandel der kommunalen Haushaltswirtschaft und der Kommunalverwaltungen bewirken wird.“ Kern dieses Vorhabens und für die hier zu behandelnden Fragen von besonderem Interesse sind unter anderem die Einführung der doppelten Buchführung („doppisches Haushalts- und Rechnungswesen“ genannt), die Dezentralisierung der Bewirtschaftungskompetenz für den Einsatz von Personal- und Sachkosten, die Budgetierung personeller und sächlicher Ressourcen nach Fachbereichen, die Darstellung kommunaler Leistungen in „Produkten“, die Entwicklung von Kennzahlen über Kosten und Qualität der Verwaltungsleistungen, die Einführung eines Berichtswesens über die Erreichung von Zielen des Verwaltungshandelns und die Gesamtdarstellung von Ressourcenaufkommen und Ressourcenverbrauch.<sup>5</sup> Der Übergang soll bis 2010 realisiert werden. Originäres, wenn auch nicht immer ausgesprochenes Ziel dieser Veränderungen ist es, durch die Übertragung von Prinzipien der Unternehmensorganisation in den Bereich des öffentlichen Dienstes Ausgangspunkte für die Senkung der öffentlichen Ausgaben zu schaffen.



Dieser Ansatz scheint erst einmal in diametralem Gegensatz zu dem Anliegen von Bürgerhaushalten zu stehen. NKF ist als Verwaltungsverfahren konzipiert, nicht als Beteiligungsverfahren. Selbst die Beteiligung von PolitikerInnen an den Einführungsprozessen bzw. an der Führung dieses Veränderungsprozesses ist eher schwach entwickelt. Oftmals sind Abgeordnete der Kommunalvertretungen nicht darüber orientiert, was im Zuge der Einführung von Instrumenten des NKF eigentlich passiert. Wenn nun darüber diskutiert wird, wie diese neue Verwaltungspraxis sich zu Beteiligungsverfahren verhalten kann, ist das eine nachträgliche Implementation einer Prämisse für die Prozessgestaltung. Diese Nachträglichkeit kann ein schwieriges Problem sein.

Betrachtet man die Sache positiv und NKF als neue Realität, gilt es, die Berührungspunkte dieser konzeptionell unterschiedlichen politischen Prozesse aufzuspüren. Dazu ist es nötig, den Blickwinkel des Verwaltungshandelns zu verlassen und NKF und Bürgerhaushalt als unterschiedliche Formen der Gestaltung von Lebensverhältnissen von Menschen in den Kommunen sowie als unterschiedliche Gestaltungsformen im Kern politischer Entscheidungsprozesse zu betrachten. Unter Bürgerhaushalt verstehe ich hier einen Beteiligungsprozess, in dem öffentlich Prämissen der Haushaltspolitik generell erarbeitet

<sup>4</sup> Vgl. Sammlung der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse der 173. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und –senatoren der Länder am 21. November 2003 in Jena, S.19

<sup>5</sup> Anlage zum IMK-Beschluss vom 21.11.2003 S. 1-2

werden.<sup>6</sup> Die Finanzen sind im Bürgerhaushalt Mittel, um bestimmte Ziele realisieren zu können. Sie interessieren vor allem insoweit, als dass sie die zur Verfügung stehenden Ressourcen in vergleichbarer Weise (in Geld) darstellen und die im Beteiligungsprozess erarbeiteten Prämissen wiederum im Geldausdruck adäquat widerspiegeln können müssen. Vorausgesetzt ist dabei, dass es Instrumente des Transfers zwischen beiden Welten gibt.

Die Problematik und Widersprüchlichkeit dieses Transfers sei am Beispiel Berlins erläutert, wo bereits seit einigen Jahren auf bezirklicher Ebene mit Instrumenten des NKF gearbeitet wird. Seit dem Beschluss über die flächendeckende Einführung der Kosten-Leistungs-Rechnung und der Budgetierung in den Berliner Bezirken sind bereits rund 15 Jahre vergangen. Mit der Einführung des *Produkthaushaltes* eröffneten sich tatsächlich neue Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung auf haushaltspolitischem Gebiet. Vor allem war erst einmal eine bessere *Information über Umfang und Kosten öffentlicher Leistungen* möglich. Das Produkt fasst alle Kosten zusammen, die bei der Erbringung einer konkreten öffentlichen Leistung, etwa der Betreuung eines Kindes in einem Kindergarten, entstehen. Bisher war eine genaue Feststellung der Kosten nicht ohne weiteres möglich, da die Kosten für verschiedene Aufwände im Haushalt an unterschiedlichen Stellen aufgeführt waren – Personalkosten, Miet- bzw. Unterhaltungsaufwand für die Gebäude, Investitionen usw. usf. waren nicht ohne weiteres direkt zuzuordnen. Nunmehr werden alle diese Kosten in Bezug auf die konkrete Leistung zusammengefasst im Haushalt dargestellt. Auf „Produktblättern“ sind diese Daten abrufbar und wenigstens der Möglichkeit nach auch Beteiligungsprozessen zugänglich.

In der Realisierung des Reformgedankens wurde (bisher) allerdings ein reines Finanzcontrolling aufgebaut. Der Übergang zu einer an vorhersehbaren Entwicklungen orientierten Finanzzumessung, im Sinne eines Planmengenverfahrens, ist zwar vorgesehen, aber bisher nicht abgeschlossen. Inwieweit schließlich alle Bereiche davon auch erfasst werden, ist bisher offen.<sup>7</sup> Zur Zeit werden Daten erfasst, ohne sich die Frage zu stellen: „Wer braucht wann wozu welche Daten?“ Kostenrechnung, also die Ermittlung der bisher für einen bestimmten Leistungsumfang nötigen Personal- und Sachmittel, wurde automatisch mit der Frage der Finanzmittelzuweisung, also der im Folgejahr zur Verfügung stehenden Finanzmittel verknüpft. Dies hat zu einem Budgetierungsverfahren geführt, das nicht auf an Bedarfen orientierten Planzahlen basiert, sondern auf den Kostenrechnungsdaten des vorangegangenen Jahres. Die Möglichkeit, mit Hilfe der Kosten-Leistungs-Rechnung realistische Anforderungen an Politik und Haushalt zu begründen, ist durch diesen einseitigen Aufbau nicht umsetzbar. Die ausschließliche Fixierung auf die Kosten schafft lediglich eine Scheintransparenz. So werden zwar die Kosten der einzelnen Leistungen des öffentlichen Dienstes (die bereits erwähnten Produkte) vergleichbar – also etwa die Kosten eines Platzes in einer Kindertagesstätte – die Qualität, Besonderheiten in der Betreuung in bestimmten Stadtteilen und die eigentlich erforderliche Zahl von Plätzen werden aber so nicht fassbar.<sup>8</sup> Zudem wird die Zahl der existierenden, nicht der erforderlichen Plätze als Kriterium der Zuweisung wirksam. Die Nichtberücksichtigung qualitativer Indikatoren und des tatsächlichen Bedarfs bei der Zumessung verschleiert so eher die realen Anforderungen an den Haushalt, als dass mehr Transparenz durch den Kostenvergleich entstünde. Es wird lediglich versucht, über einen Sozialindex, der die soziale Situation in den Bezirken widerspiegeln soll, einen gewissen Ausgleich der zur Verfügung stehenden Mittel zwischen den Bezirken entsprechende sozialer Problemlagen zu erreichen. Im Verwaltungshandeln kann sich dieser Ansatz nur in einem beständigen Druck auf Ausgabenreduzierungen umsetzen, es wird also lediglich ein politisches Ziel, eine einseitig auf Kostensenkung fixierte

---

<sup>6</sup> Vgl. dazu Brangsch, Petra/Brangsch, Lutz: Weshalb? Wieso? Warum? Argumente für den Bürgerhaushalt, Berlin 2007 (zu beziehen über das kommunalpolitische forum (berlin) e.V.)

<sup>7</sup> Vgl. dazu Heuer, Jens-Peter: Budgetierung – Gerechtigkeit für alle?, Berlin, o.J., S.79ff.

<sup>8</sup> Allerdings ist diese Vergleichbarkeit auch nur bestenfalls innerhalb eines Landes gewährleistet.

Haushaltskonsolidierung, bedient. Sowohl der politischen Ebene als auch den BürgerInnen bleiben also die sich im Haushalt manifestierenden Prozesse weiter unzugänglich. Damit werden aber Politik und Bürgerbeteiligung überflüssig. Eine politische Schwerpunktsetzung ist eigentlich nicht mehr möglich, überlässt man diesen Prozess ausschließlich der Verwaltung, die sich aber mit diesem Verfahren wiederum politisch delegitimiert.<sup>9</sup>

Budgetierung als Instrument des NKF darf sich also nicht ausschließlich an den über „Menge mal Preis“ definierten Kriterien orientieren und die Qualität der Leistung vollkommen ausblenden. Budgetierung muss eigentlich nichts anderes als ein in Geldeinheiten ausgedrückter Leistungsauftrag an die öffentliche Verwaltung zur Erreichung ganz bestimmter Ziele, die eine Beschreibung der Quantität und Qualität der Leistung einschließt, sein. In dem bereits erwähnten Beschluss der Innenministerkonferenz vom November 2003 wird die Rolle der „Produkte“ dahingehend beschrieben, dass sie „die Verbindung zwischen dem für sie anfallenden Ressourcenverbrauch und den damit angestrebten Zielen und Wirkungen bilden“<sup>10</sup> sollen. Probleme resultieren nicht aus der Forderung nach Darstellungen der Leistungen an sich, sondern aus der Art und Weise, wie die Produkte gebildet werden und wie sie mit finanziellen Parametern verbunden werden. Insbesondere die Verbindung der Produkte mit finanziellen Parametern ist als verwaltungsinterner Aushandlungsprozess völlig intransparent. Da aber mit den Entscheidungen über die Produkte und ihre Bewertung Entscheidungen über die Qualität des öffentlichen Leistungsangebotes (nicht nur über die einzelnen Leitungen) fallen, müsste diese Exklusivität des Prozesses aufgebrochen werden, wenn es zu einer sinnvollen Verknüpfung von Bürgerhaushalt und NKF kommen soll. Gleichzeitig müssen auch die Grenzen einer Produktbildung in diesem Zusammenhang berücksichtigt werden.<sup>11</sup> Hier bestanden und bestehen überzogene Anforderungen an die Instrumente des NKF: Auch die Führung eines Unternehmens erschöpft sich nicht im Finanzmanagement.

Insofern wäre die Einführung einer zielbezogenen Budgetzumessung der richtige Weg, der auch partizipativen Formen von Haushaltspolitik Spielräume eröffnen würde. Dies würde auch ein breiteres Spektrum von Indikatoren zur Beschreibung qualitativer und quantitativer Anforderungen an den Haushalt einschließen. Das wiederum würde eine Schwerpunktsetzung durch BürgerInnen, Politik und Verwaltung wieder an den Anfang einer jeden Haushaltsdebatte setzen können. Dies bedeutet keinesfalls automatisch eine Tendenz zur Ausgabenerhöhung, wie oft unterstellt wird. So sind auch Zinszahlungen und Tilgungen zur Diskussion stehende Haushaltspositionen, aber auch die Einnahmen. Insofern muss man sich auch ganz am Anfang im Klaren darüber sein, welche politischen Ziele man mit der Einführung von Instrumenten des NKF verfolgt: Geht es um die Frage einer reinen Kostensenkung oder um die Frage einer wirksameren politischen Steuerung zur Erreichung vorher definierter politischer Ziele? Geht es darum, ein für Beteiligungsprozesse kompatibles NKF zu entwickeln, muss am Beginn sowohl auf der politischen als auch der fachlichen Ebene die Formulierung von Zielen stehen: Was soll erreicht werden? Wer soll erreicht werden (Zielgruppen)? Was wird dafür eingesetzt (Welche Produkte)? Wer ist dafür

---

<sup>9</sup> In den nkf-news Nr.2/März 2008 wird in zwei Beiträgen die Frage der Rolle von Zielbestimmungen auf interessante Art diskutiert. [http://doppik.steria-mummert.de/nkf%2Dnetzwerk/html/img/pool/1\\_NKF-Newsletter\\_2-08.pdf](http://doppik.steria-mummert.de/nkf%2Dnetzwerk/html/img/pool/1_NKF-Newsletter_2-08.pdf) (Stand 02.10.08)

<sup>10</sup> IMK-Beschluss vom 21.11.03, Anlage 2, S. 10

<sup>11</sup> Vgl. dazu eine Kontroverse zwischen dem Finanzsenator Sarrazin und Thomas Birk, MdA (Grüne): Abgeordnetenhaus von Berlin Plenarprotokoll 16/27 vom 10. April 2008 S. 2428f. auch unter <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/PlenarPr/p16-027-wp.pdf> (Stand 2.10.08) Anlaß war ein Artikel Sarrazins unter dem Titel: Die Rechnung geht nicht auf. Neues öffentliches Rechnungswesen hält nicht, was es verspricht; in: Der Neue Kämmerer, Ausgabe 01, Februar 2008, S. 3 (auch: <http://www.derneuekaemmerer.de/zeitung/archiv/pdf/DNK-01-2008.pdf> Stand 02.10.08)

zuständig, verantwortlich bzw. beteiligt (Ämter, Organisation, Prozesse)? Was ist herausgekommen und was wurde erreicht (Effektivität, Erfolg, Wirkung)?<sup>12</sup>

Gerade bezüglich der Zielbeschreibung in quantitativer wie qualitativer Hinsicht liegt also eine wesentliche Berührungsfläche zwischen NKF und Bürgerhaushalt. Transparenz durch klare Zielbeschreibung auf der einen und die Möglichkeit der Qualifizierung von Zielstellungen durch Transparenz wirtschaftlicher bzw. haushaltspolitischer Rahmenbedingungen auf der anderen Seite könnten die Wechselbeziehungen von NKF und Bürgerhaushalt charakterisieren.

Im Kern ginge es tatsächlich darum, bereits in der Einführungsphase des NKF den Prozess für Partizipation zu öffnen, Produkte zum Beispiel unter Beteiligung der BürgerInnen zu beschreiben. NKF selbst schafft, bei entsprechender Anwendung in drei Bereichen entscheidende Ansatzpunkte:

- Transparenz bezüglich der verfügbaren Ressourcen – materiell und personell
- Erfassung und Bewertung von Vermögen (einschließlich Beteiligungen)
- Sichtbarkeit finanzieller Auswirkungen von politischen Entscheidungen und Verwaltungshandeln (also der Haushaltsentscheidungen im engeren Sinne, wie auch im weiteren Sinne - Privatisierung, PPP etc.) bzw. Offenlegung der Konsequenzen unterschiedlicher Wege der Aufgabenerfüllung (auf längere Sicht)

Darüber hinaus ginge es um die

- Verankerung der Bestimmung von Zielen der Kommunalpolitik als Grundlage der finanziellen Planung sowie die
- öffentliche Diskussion der Aufgaben der öffentlichen Verwaltung.

Diese Aufgaben weisen über das NKF hinaus und unterstreichen, dass NKF nur im Gesamtkonzert einer zielbewussten Kommunalpolitik emanzipativen Potenzialen der Bürgerbeteiligung Raum geben kann.

Dazu ist aber NKF so zu entwickeln, dass es entscheidungsermöglichende Daten, d.h. auch Daten in einer den normalen BürgerInnen verständlichen Sprache, liefern kann. Und der Bürgerhaushalt ist so zu gestalten, dass er diese Daten aufnehmen und in einen öffentlichen Entscheidungsprozess einführen kann. Da in einem Bürgerhaushalt idealerweise auch die Ergebnisse anderer Beteiligungs- und Monitoringverfahren einfließen (sollten) – etwa Ergebnisse der Lokalen Agenda 21, von Sozial-, Armut- oder Gesundheitsberichterstattungen – könnte die Arbeit mit haushaltspolitischen Szenarien, die Folgenabschätzung sowie die Aufdeckung und Wichtung von Einflussfaktoren bei der Realisierung kommunalpolitischer Ziele eine völlig neue Bedeutung erlangen.

Würde man diesen Gedanken der Einheit von NKF und Bürgerhaushalt konsequent zu Ende spinnen, ergäben sich so tatsächlich grundlegende Veränderungen in der Arbeitsweise von Politik, Verwaltung und BürgerInnen.

---

<sup>12</sup> Ausführlicher zu der Frage der Wechselwirkung von Bürgerhaushalt und Verwaltungshandeln: Brangsch, Petra (Hrsg.): Haushalt, Haushaltspolitik und Demokratie. Bedingungen und Strategien einer partizipativen Haushaltspolitik. Ein Lese- und Arbeitsbuch; Berlin 2005

## Diskussion am Thementisch (Dr. Hilmar Sturm)

- Die Haushaltsdaten sind so herunterzubrechen, dass ein normaler Bürger sie verstehen kann: Was kostet ein Kindergartenplatz?
- In Pforzheim ist ein neues Straßenunterhaltungsmanagement vorgeschlagen worden, das auf der »Kostenwaage« basiert. Alle Kosten werden berücksichtigt, und so wird ermittelt, welche Art und welcher Zeitpunkt von Instandhaltungsmaßnahmen ideal sind. Ähnliches sollte auch bei Bildungsfragen möglich sein. Notwendig ist eine durchdachte, systematische *Instandsetzungsstrategie* für die kommunalen Anlagen.
- So eine Planungsrechnung ist unabhängig vom Rechnungsstil (doppelte oder kameralistische Buchführung) möglich (die beiden Rechnungsstile führen, richtig angelegt, ohnehin zu den gleichen Ergebnissen, wie Ernst Walb schon 1926 nachgewiesen hat). Bilanz und GuV-Rechnung geben keine Daten für die Zukunft, für die Planung her. Nebenrechnungen, Planungsrechnungen und Statistiken sind immer über die Buchführung hinaus und oft ziemlich unabhängig von ihr zu führen.
- Die Beteiligung ist an 1. Stelle wichtig, die Transparenz erst an 2. Stelle. Sie betrifft auch die Vermögenswerte und Nachhaltigkeitsindikatoren.
- Die Frage ist aber: Wer macht das? Wem sind diese Daten (und ihre Grundlagen) wirklich zugänglich?
- In Berlin-Lichtenberg wurde den Bürgern ein »Produktblock« mit einer Darstellung der zwanzig Produkte gegeben. Viele Bürger wussten offensichtlich nicht, was sie zu den einzelnen Produkten schreiben sollten. Daher wird jetzt nur noch der Haushaltsplan insgesamt in einer Broschüre vorgestellt. Fragen zu den einzelnen Produkten kann die Verwaltung aber beantworten.
- Zur Verstetigung des Bürgerhaushalts-Verfahrens bedarf es einer zivilgesellschaftlichen Schnittstelle, einer Einrichtung, die längerfristig die Bürgerschaft gegenüber der Verwaltung vertritt und das Verfahren begleitet.
- Ein Nachteil des NKF: Was mit den »liquiden Mitteln« geschieht und die Entnahmen aus den Rücklagen (Schuldenpolitik) sieht man den Haushaltsplänen nicht ausreichend an. Hier bedarf es zusätzlicher Informationen für die Bürger.
- Vertreten wird auch die Sicht, dass das NKF keine Bedeutung für den Bürgerhaushalt hat. Vorteil des NKF ist, dass überhaupt zum ersten Mal Ziele im Haushaltsplan fixiert werden. Das bringt eine Klarheit, eine politische Aussage.
- In der Praxis fragen die Bürger nur zu einzelnen Posten; es gibt keine auf die Strategie zielenden Fragen.
- In Professor Helmut Klages' Untersuchung zu Bürgerhaushalten wurde genau das betrachtet: Haushaltspolitik und strategische Entwicklung. Die Diskussionen hängen auch davon ab, wo man ansetzt. Inwieweit sich der Bürgerhaushalt mit Einzelposten, kurz- oder langfristigen Entwicklungen beschäftigt, hängt vom Verfahren ab.
- Man kann den Bürgern strategische Fragen stellen, dann werden diese auch bearbeitet. Ob abstrakt oder konkret, wird durch die Aufgabenstellung festgelegt. In



Jena wurde ausdrücklich gefragt, ob man mit einer besonderen Einnahme Schulden tilgen oder andere Zwecke verfolgen soll.

- Also sind die Bürger auch fähig, langfristig mitzuplanen und an der Optimierung der Investitionen mitzuwirken.
- Den bisherigen Bürgerhaushalten fehlt völlig die Beteiligung bei der Einnahmenseite. In der Schweiz setzen die Bürger in vielen Gemeinden und Kantonen ihre Steuersätze teilweise selbst fest (oft sogar in Gemeindeversammlungen). Das führt laut Studien zu größerer Steuerehrlichkeit. Dazu bräuchten deutsche Kommunen allerdings viel mehr eigene Rechte und Steuerhoheit.
- Über die finanziellen Einnahmen hinaus könnten durch die Bürger weitere Ressourcen identifiziert und mobilisiert werden, die für kommunale Projekte gebraucht werden.
- Es geht also um eine Demokratisierung der ganzen Haushaltspolitik (auch in den Ländern und im Bund). In den USA ist die *Budgetbeobachtung* geläufiger als bei uns (bürgerschaftliche Gruppen untersuchen und kontrollieren dort die Finanzpolitik genau). Man kann hoffen, dass die kommunalen Bürgerhaushalte diese Entwicklung vorantreiben. Der Bürgerhaushalt hat eine Tendenz zur »Eskalation« – oder er geht ein.



### Ergebnisse des Thementisches (Konsens)

- Das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) führt nicht automatisch zu besseren oder schlechteren Bürgerhaushalten; es gibt keinen Automatismus. Beide Rechnungsarten stellen Fragen. Wichtig sind langfristige Planung vor allem der Investitionen und Instandhaltungen.
- Es gibt ein Informations- und Transparenzproblem (unabhängig vom NKF). Welche Bürger fragen überhaupt nach Informationen zum Haushalt? Informationen können auch erschlagen. Für manche Mitsprache sind Qualifikationen nötig (was für

Kleingruppenverfahren spricht); andererseits wächst das Interesse und wächst die Qualifikation durch die Verfahren selbst. Bürgerhaushalte bilden.

- Schon bei der Einrichtung des neuen Rechnungswesens können oder sollen die Bürger beteiligt werden, denn damit werden Grundlagen für viele Jahre gelegt.
- Strategische, langfristige Finanz- und Investitionsfragen können auch in Bürgerhaushalten bearbeitet werden, wenn danach gefragt wird und die richtigen Verfahren eingesetzt werden. So können auch Kennzahlen zur Nachhaltigkeit Thema werden.
- Auch die Einnahmenseite sollte in Bürgerhaushalten behandelt werden, über das Finanzielle hinaus auch andere Ressourcen.
- Das Organisatorische bleibt wichtig: die Verfahren. Wen spricht man wie an? Wie lang dauert ein Bürgerhaushalt-Verfahren? Welche Informationen können auf welchen Wegen zur Verfügung gestellt werden? Zur Organisation und Verstetigung wäre es gut, wenn es eine dauerhaft vorhandene »zivilgesellschaftliche Schnittstelle« gäbe, die vor allem die Verbindung von Verwaltung, Haushalt und Bürger beobachtet und begleitet.



### 3. Arbeitsphase: Diskussion im Plenum

Im abschließenden Plenum wurden die Ergebnisse der Arbeitsgruppen kurz präsentiert, kommentiert und diskutiert. Im Mittelpunkt dieser Diskussion wurde erneut die Nachhaltigkeit der Beteiligung am Haushalt thematisiert, dabei interessierte insbesondere der Nutzen, den die Kommunen durch die Bürgerhaushalte haben. Einerseits mache es Sinn, hierzu harte Fakten zu evaluieren (wie Teilnehmerzahlen, Anregungen, Kommentierungen und Einsparvorschläge), andererseits dürfe aber der Mehrwert durch eine veränderte politische Kultur nicht unberücksichtigt bleiben.

In der Diskussion eng verbunden mit dem Nutzen war die Methodik, die für Ebene und Qualität der Ergebnisse mitentscheidend sei. In diesem Zusammenhang sei auch die Wirksamkeit (Entscheidungsrelevanz) dieser Ergebnisse zu betrachten. Voraussetzung für eine Wirksamkeit ist erst einmal die Existenz eines Bürgerhaushalts-Verfahrens, hier gebe es in Deutschland nur freiwillige Angebote und keinen Zwang wie zum Beispiel in Neuseeland. Als problematisch wurde angemerkt, dass es in Baden-Württemberg im Widerspruch zur Kommunalverfassung von der Landesregierung noch nicht einmal für notwendig erachtet würde, die Haushaltspläne der Kommunen für die Diskussion öffentlich auslegen zu lassen.

Zum Thema Sparen könne der Nutzen der Bürgerhaushaltsprozesse sehr subjektiv betrachtet werden, so würde zum Beispiel von Männern und Frauen an unterschiedlichen Stellen gespart und daher sei auf eine breite Beteiligung aller Gruppen zu achten. Allerdings könne der Bürgerhaushalt auch nicht alle Probleme lösen und die Bürgerinnen und Bürger würden tendenziell am ehesten Wunschlisten aufstellen.



## Anregungen für das Netzwerk

Ergänzend zu den Ergebnissen an den Thementischen und der abschließenden Diskussion wurden erneut Moderationskarten beschriftet, auf denen weitere Themen für die zukünftige Diskussion des Netzwerkes festgehalten wurden. Hier wurden genannt:

- Evaluation von Bürgerhaushalten / Qualität Evaluation
- Mehrwerte: Kosten / Nutzen
- Anregung und Erfahrungsaustausch zum Bürgerhaushalt durch Städtepartnerschaften
- Institutionalisierung durch Verrechtlichung (Gemeindeordnung)?
- Veröffentlichung von Statistiken über Werbung und Beteiligung (Was funktioniert wie?)
- Schweizer Demokratie – Referenten

Damit ergeben sich folgende Anregungen für die weitere Diskussion im Netzwerk:

- Thema Kosten/Nutzen/Wirksamkeit
- Evaluation von Bürgerhaushalten
- Lernen vom Ausland (inklusive kommunale Demokratie der Schweizer)
- Bürgerhaushalt als *Lernprozess*
- Sprache und Weltbild des Bürgerhaushaltes (bürger- oder verwaltungszentriert?)
- Zielkonflikte des Bürgerhaushaltes (z. B. Empowerment vs. Repräsentativität; Qualität vs. Quantität der Beteiligung; Lern- und Demokratisierungsprozess vs. Outputorientierung)
- Strategien der weiteren Verbreitung des Bürgerhaushaltes

Weitere Anregungen lassen sich bei der intensiven Lektüre der Dokumentation und in den eigenen Erfahrungen finden, die auch zukünftig im Mittelpunkt der Netzwerkarbeit stehen sollen. Was sich nicht findet, sind die Ergebnisse des informellen Austausches für die weitere Arbeit vor Ort, wer an ihnen teilhaben möchte, muss selber im Netzwerk aktiv mitarbeiten.



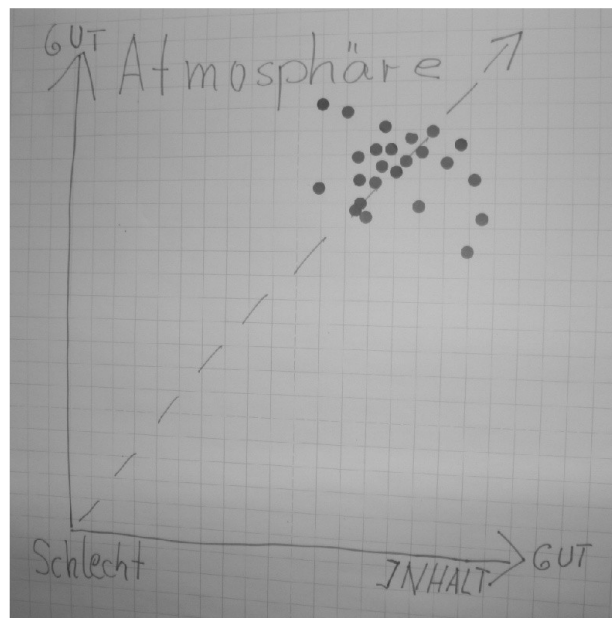
## Fazit

Ulrich Nitschke von der Servicestelle und Svetlana Alenitskaya von der Bundeszentrale für politischen Bildung (BpB) zogen am Ende der Veranstaltung eine positive Bilanz.

Die Impulsreferate hätten reichlich Diskussionsstoff für den Erfahrungsaustausch und die Vertiefung in den Themengruppen geliefert. Dabei habe sich dieses Mal das Thema der unterschiedlichen Ziele und Bewertungskriterien des Bürgerhaushaltes wie ein roter Faden durch die Diskussionen gezogen. Auch wenn noch nicht alle Fragen geklärt seien, finde ein kompaktes und spannendes Arbeitstreffen nun sein Ende. Der Erfahrungsaustausch könne aber auf der – gemeinsam von der BpB und der Servicestelle getragenen – Internetplattform fortgesetzt werden. Natürlich stehen darüber hinaus weiterhin Ansprechpartner bei der BpB und der Servicestelle zur Verfügung, auch wenn Veränderungen anstünden. Mit einem Dank an alle Referenten, Moderatoren und vor allem an die konstruktive Mitarbeit der Gäste schloss die Veranstaltung offiziell, wurde aber noch eine Weile in anregenden, informellen Diskussionen fortgesetzt.

Auch beim 6. bundesweiten Netzwerktreffen Bürgerhaushalt stand somit der Erfahrungsaustausch wieder im Mittelpunkt. Die Mischung zwischen Außenbetrachtung und Erfahrungsberichten aus den Kommunen sowie dem Erfahrungsaustausch an den Arbeitstischen hat sich bewährt. Der Auftaktbeitrag mit Erfahrungen aus dem Ausland hatte für alle Teilnehmenden noch einmal zu einem Perspektivwechsel beigetragen und aktuelle Herausforderungen angesprochen, die in den weiteren Beiträgen und Diskussionen vertieft wurden.

Dem Wunsch des 5. Netzwerktreffens entsprechend hatte das aktuelle Treffen methodisch wieder viel Raum für eigenverantwortlichen Erfahrungsaustausch an den Thementischen gelassen. Die gute Kombination von Methodik und Inhalten spiegelt sich auch in der positiven Veranstaltungsbewertung wider.



## Anhang

### Tagesprogramm

#### **11:00 Uhr Begrüßung**

*Ulrich Nitschke*, Leiter der Servicestelle

#### **11:15 Uhr Ablauf und Organisatorisches, Zielsetzung des Tages**

Moderator *Benno Trütken*, forum b

#### **11:35 Uhr bis 13:00 Uhr Input durch Referenten**

- Erfahrungsbericht über den Bürgerhaushalt in Großbritannien sowie über Pariser Modelle  
*Dr. Elke Löffler*, Governance International
- Modelle der interkommunalen Zusammenarbeit, Bericht zum Verfahrens-Know-How und zur Nutzung von technischen Infrastrukturen  
*Dr. Josef Wehner*, Fraunhofer Institut IAIS
- Kurzberichte über die Verfahren und Herausforderungen bei Bürgerhaushalten in Klein-, Mittel- und Großstädten
  - *Heinrich Klausgrete*, Kämmerer der Stadt Hilden
  - *Reiner Michaelis*, Projektkoordinator Bürgerhaushalt Groß-Umstadt
  - *Josef Ahlke*, Projektkoordinator zum Bürgerhaushalt der Stadt Erfurt

*13:00 Uhr Mittagspause*

#### **13:45 Uhr Arbeitsphase im Rahmen vorbereiteter Diskussionsrunden**

**Tisch 1:** Bürgerhaushalt und der Gender-Aspekt – wie kann man das verbinden?

Inputgeberin: *Dr. Cornelia Hösl-Kulike*, Geschäftsstelle Gender Mainstreaming, Stadt Freiburg, am Beispiel von Freiburg

**Tisch 2:** Internet und Bürgerhaushalt – wie geht das?

Inputgeber: *Volker Vorwerk*, ZebraLog, am Beispiel der Stadt Bergheim

**Tisch 3:** Planspiel als Beteiligungsinstrument – wie funktioniert das?

– Einbeziehung spezieller Gruppen

– Instrument der Mobilisierung

Inputgeberin: *Denise Engel*, AsA-Stipendiatin

**Tisch 4:** Bürgerhaushalt und NKF – wie geht das zusammen?

Inputgeber: *Dr. Lutz Brangsch*, Rosa-Luxemburg-Stiftung

*14:30 Uhr Pause*

**14:40 Uhr Fortführung der Arbeitsphase (Möglichkeit des Tischwechsels)**

**15:15 Uhr Diskussion zentraler Fragen aus der Diskussionsrunde**

**16:00 Uhr kurze Abschlussrunde**

Themen und Ziele für das nächste Netzwerktreffen  
*Benno Trütken/Ulrich Nitschke/Svetlana Alenitskaya*

**16:20 Uhr Verabschiedung**

**16:30 Uhr Ende**

**Teilnehmer am 6. Netzwerktreffen Bürgerhaushalt - 24.09.2008**

<b>Titel</b>	<b>Vorname</b>	<b>Nachname</b>	<b>Institution bzw. Beruf</b>
	Josef	Ahlke	Stadt Erfurt
	Svetlana	Alenitskaya	Bundeszentrale für politische Bildung
	Eva-Maria	Antz	Stiftung MITARBEIT
Dr.	Gerhard	Banner	Governance International
	Jürgen	Behrendt	Stadt Köln
Dr.	Lutz	Brangsch	Rosa-Luxemburg-Stiftung
	Hans-Joachim	Bruch	Liste Bürgerbeteiligungshaushalt Pforzheim
	Tanja	Buchwalter	Stadt Köln
Dr.	Gisela	Burckhardt	Freie entwicklungspolitische Gutachterin
	Ilse	Burgass	forum b
	Carsten	Buschmann	Stadt Bonn
	Gerhard	Dietz	Oberbürgermeister a.D.
	Denise	Engel	ASA-Stipendiatin
	Hans Bernd	Glöckner	"Meine Stadt gehört mir"
	Franz-Albert	Heimer	Lokale Agenda 21 Freiburg
	Robert	Hilligus	Stadt Bad Wildungen
Dr.	Cornelia	Hösl-Kulike	GS Gender Mainstreaming Freiburg
	Nolten	Kattentidt	AG Lokale Agenda Münster
	Manfred	Kirchhof	Bezirksamt Berlin Charlottenburg/Wilmersdorf
	Heinrich	Klausgrete	Stadt Hilden
	Astrid	Klein	Stadt Bonn
	Katrin	Kreisel	Bezirksamt Berlin Friedrichshain/Kreuzberg
	Ursula	Kubilas	Stadt Kassel
	Stefan	Laszczyk	"Meine Stadt gehört mir"
Dr.	Elke	Löffler	Governance International
	Toni	Loosen-Bach	Stadt Trier
Dr.	Oliver	Märker	Zebralog
	Reiner	Michaelis	Stadt Groß-Umstadt
	Ulrich	Nitschke	InWEnt gGmbH
	Christoph	Okpue	ontopica
	Roland	Pareik	Köln Agenda e.V.
	Anne	Reyers	Lokale Agenda 21 Freiburg
Dr.	Elisabeth	Stiefel	Ökonomin
	Ute	Stölzle	Stadt Köln
Dr.	Hilmar	Sturm	Gesellschaft für Bürgergutachten
	Benno	Trütken	forum b
	Norbert	Volpert	Zukunftsfähiges Bonn e.V.
	Susanne	von Itter	Zukunftsfähiges Bonn e.V.
	Volker	Vorwerk	Zebralog
	Stefan	Walter	Stadt Eisenach
Dr.	Josef	Wehner	Fraunhofer Institut IAIS
	Christa	Widmaier	Gutachterin
	Christian	Wilhelm	InWEnt gGmbH
Dr.	Constantin	Zirz	Gemeinde Much

## Publikationen

Die Veröffentlichungen können über die Servicestelle kostenfrei bestellt werden (sofern noch nicht vergriffen). Die meisten Publikationen liegen auch als Download auf unserer Homepage vor.

### Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle:

- Heft 1.: Give me hope Jo'hanna?! Von Rio in die deutschen Kommunen nach Johannesburg – von Schwierigkeiten und Erfolgen der Agenda-Prozesse in Deutschland. Oktober 2002. [vergriffen]
- Heft 2.: Pressespiegel 2002. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2002. Dezember 2002. [vergriffen]
- Heft 3.: Globales Handeln lokal verankern. Befragung 2002 der Kommunen und Nichtregierungsorganisationen zum Stand der Lokalen Agenda 21 und der Eine-Welt-Arbeit in Deutschland. Januar 2003. [vergriffen]
- Heft 4.: Die Lokale Agenda 21 braucht professionelle Moderation – Eine-Welt-Referenten informieren Moderatoren. Dokumentation einer Informationsveranstaltung am 12.12.2002, Bonn, Februar 2003. [vergriffen]
- Heft 5.: Porto Alegres Beteiligungshaushalt – Lernerfahrung für deutsche Kommunen. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 19.12.2002, Bonn, Februar 2003. [vergriffen]
- Heft 6.: Faires Miteinander. Leitfaden für die interkulturell kompetente Kommune. Bonn, August 2003. Neuauflage Juli 2006.
- Heft 7.: Hauptstadt des Fairen Handels 2003. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, Februar 2004. [vergriffen]
- Heft 8.: Global vernetzt – lokal aktiv 2004. Der Wettbewerb 2004. Dokumentation. Bonn, Juli 2004.
- Heft 9.: Partner in alle Richtungen: Gestaltung und Nutzen kommunaler Partnerschaften in der Einen Welt. Ein Praxisleitfaden. Bonn, September 2004. Neuauflage Dezember 2005.
- Heft 10.: Kulturen der Welt vor Ort. Ein Praxisleitfaden. Bonn, August 2004.
- Heft 11.: Es geht! Kommunal nachhaltig handeln. Tipps & Ideen. Bonn, Juni 2005. Neuauflage Juli 2006.
- Heft 12.: Globalisierung gestaltet Kommunen – Kommunen gestalten Globalisierung. 9. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Magdeburg 2004. Dokumentation. Bonn, Juli 2005.
- Heft 13.: Hauptstadt des Fairen Handels 2005. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, November 2005. [vergriffen]
- Heft 14.: Zwei Jahre Partnerschaftsinitiative. Two Years of Partnership Initiative. Bonn, Januar 2007.
- Heft 15.: Globales Handeln lokal verankern. Bundesweite Umfrage 2006. Bonn, Februar 2007.
- Heft 16.: Globalisierung gestaltet Kommunen – Kommunen gestalten Globalisierung. 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Hamburg 2006. Dokumentation. Bonn, August 2007.
- Heft 17.: Hauptstadt des Fairen Handels 2007. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, November 2007.
- Heft 18.: UN-Millenniumentwicklungsziele – Kommunale Praxisbeispiele im Dialog. Fachkonferenz 2007. Bonn, Dezember 2007.

### Material-Reihe der Servicestelle

- Nr. 1.: Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung; und: Aufruf von Johannesburg. Autorisierte Übersetzung in Deutsch. [vergriffen]
- Nr. 2.: Local Government Declaration To The World Summit On Sustainable Development; and: Johannesburg Call. [vergriffen]
- Nr. 3.: Faires Beschaffungswesen. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 19.11.2002. [vergriffen]
- Nr. 4.: Kommunikationstraining für Eine-Welt-Akteure. Tipps und Anregungen zum erfolgreichen Kommunizieren von Eine-Welt-Themen. Dokumentation einer Veranstaltung vom 13.12.2002. [vergriffen]
- Nr. 5.: Maastrichter Erklärung zum Globalen Lernen vom 17.11.2002. [vergriffen]

- Nr. 6.: Interkulturelle Gärten. Werkstattgespräch zum Thema "Internationale Gärten in Deutschland" 29./30. November 2002 Berlin. Dokumentation.
- Nr. 7.: Erstes bundesweites Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt. Dokumentation vom 29.09.2003.
- Nr. 8.: Synergien für kommunale Partnerschaften. Umsetzung der Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 29.10.2003.
- Nr. 9.: Pressespiegel 2003. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2003. [vergriffen]
- Nr. 10.: ModeratorInnen-Briefing. Herausforderung Kommune – strategische Zukunftsthemen für ModeratorInnen. Dezember 2003.
- Nr. 11.: Bonn Action Plan. Bonner Aktionsplan – zur Stärkung kommunaler Partnerschaften. Mai 2004.
- Nr. 12.: ModeratorInnen-Briefing. Methoden und Themen – Das Netzwerk „bildet“ sich. September 2004. Mai 2004. [vergriffen]
- Nr. 13.: Pressespiegel 2004. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2004. [vergriffen]
- Nr. 14.: Zweites bundesweites Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt. Dokumentation vom 12.10.2004.
- Nr. 15.: ModeratorInnen-Briefing. Thementeams bilden. Dezember 2004.
- Nr. 16.: Partner schaffen Partnerschaften. Die kommunale Servicestelle – Partnerschaftsinitiative.
- Nr. 17.: Bürgerhaushalt – Umsetzungsmöglichkeiten und Erfahrungen. Beispiel Schleswig-Holstein.
- Nr. 18.: Pressespiegel. Medienberichterstattung zur Servicestelle Partnerschaftsinitiative. Januar-Juli 2005.
- Nr. 19.: Pressespiegel 2005. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2005.
- Nr. 20.: Ein Jahr nach dem Tsunami. Dialogveranstaltung 07.12.2005. Dokumentation.
- Nr. 21.: Finanzierungsmöglichkeiten kommunaler Entwicklungszusammenarbeit. Dokumentation vom 19.06.2006.
- Nr. 22.: Pressespiegel 2006. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2006.
- Nr. 23.: Viertes Netzwerktreffen Bürgerhaushalt. Dokumentation vom 18.12.2006.
- Nr. 24.: Faires Beschaffungswesen in Kommunen und die Kernarbeitsnormen. Rechtswissenschaftliches Gutachten.
- Nr. 25.: Städte als Partner für nachhaltige Entwicklung – Bilanz und Perspektiven 15 Jahre nach Rio. Sonderausgabe eines Beitrags in: Der Planet der Städte. Germanwatch (Hg.). Münster 2007.
- Nr. 26.: Kommunale Dreieckspartnerschaften. Dokumentation des Auftaktworkshops vom 27.04.2007.
- Nr. 27.: Pressespiegel 2007. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2007.
- Nr. 28.: Migration und kommunale Entwicklungszusammenarbeit verbinden. Dokumentation eines Seminars vom 28.08.2007. Bonn, Dezember 2007.
- Nr. 29.: Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit in ausgewählten europäischen Ländern. Fallstudien zu Frankreich, Norwegen und Spanien. Bonn, Dezember 2007.
- Nr. 30.: Fünftes Netzwerktreffen Bürgerhaushalt. Dokumentation vom 04.12.2007.
- Nr. 31.: Migration und kommunaler Entwicklungszusammenarbeit. Gutachten zum aktuellen Stand und den Potenzialen des Zusammenwirkens. Bonn, April 2008.
- Nr. 32.: Kommunale Dreieckspartnerschaften: Studie zur Zusammenarbeit mit Burkina Faso. Bonn, April 2008.
- Nr. 33.: Kommunale Dreieckspartnerschaften: Stationen des Pilotprojektes 2007. Bonn – Kehl – Ouagadougou. Bonn, April 2008.
- Nr. 34.: Sechstes Netzwerktreffen Bürgerhaushalt - vom Projekt zum Programm. Dokumentation vom 24.09.2008



### **Leporello – Kurzinformationen der Servicestelle**

- Kommunalpolitik auf neuen Wegen: Der Bürger- und Beteiligungshaushalt. (September 2003) [vergriffen]
- Gewusst wie: Ressourcen für Nachhaltigkeitsprojekte. (Dezember 2003) [vergriffen]
- Gesucht, gefunden: ModeratorInnen für kommunale Entscheidungsprozesse. (Februar 2004) [vergriffen]
- Servicestelle Partnerschaftsinitiative / Service Agency Partnership Initiative (September 2005) [Englisch und Deutsch] [vergriffen]
- Kulturen der Welt vor Ort. Argumente für eine weltoffene Kommune. (Juni 2005) [vergriffen]
- Südafrika 2010 – Deutschland 2006. Kompetenz und Stärkung kommunaler Zusammenarbeit und Entwicklung (2007) [Englisch und Deutsch]

### **Sonstige Publikationen der Servicestelle:**

- Konzeption der Servicestelle [vergriffen]
- Profil der Servicestelle [Englisch und Deutsch]
- Kurzprofil der Servicestelle [Deutsch, Englisch, Französisch]
- Dokumentationen "Petersberger Gespräch"/"Petersberg Dialogue" am 18.06.2002. [vergriffen]
- CD-Rom zum bundesweiten Wettbewerb „Global vernetzt – lokal aktiv!“ Präsentation der Wettbewerbssieger und des Konzepts, Bonn 2002. (Englisch und Deutsch) [vergriffen]
- Empfehlungen von Magdeburg. Schlussempfehlungen der 9. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet Magdeburg, November 2004 (Deutsch)
- Empfehlungen von Hamburg. Schlusserklärung der 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet Hamburg, November 2006 (Deutsch)
- UN-Millennium-Gates. Acht Tore. Acht Ziele. Flyer zur Ausstellung im Rahmen der Kampagne 2015. (Deutsch)
- Evaluation der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Bonn, Dezember 2005.
- No Excuse 2015. Aktiv vor Ort - Kommunen handeln jetzt! UN-Millenniumentwicklungsziele: Chancen in den Kommunen nutzen! Bonn, September 2005.
- Infotainment und Bildungsarbeit in Deutschland. Infotainment and Educational Campaigns in Germany. Bonn, November 2007.

### **Publikationen in Kooperation mit der Servicestelle:**

- Broschüre: Vom Süden lernen. Porto Alegres Beteiligungshaushalt wird zum Modell für direkte Demokratie. Hrsg.: Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Misereor, DGB Bildungswerk, Aachen, Düsseldorf, Bonn, Neuauflage 2003.
- Tagungsdokumentation: Agendaprozesse verknüpfen. Die Rolle der Kommunalverwaltungen bei der Sicherung zukunftsfähiger Entwicklung in Zentralamerika und Deutschland. Hrsg.: InWEnt gGmbH, Abtlg. Demokratieförderung und Verwaltungsreformen, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Bonn, 2002. [vergriffen]
- Gemeinsam empfohlene Indikatoren zur kommunalen Nachhaltigkeit. Unter Mitwirkung der Servicestelle und elf weiterer Institutionen entstanden. Bonn, Juli 2003. [vergriffen]
- Witzel/Seifried: Das Solarbuch. Fakten, Argumente, Strategien. Energieagentur Regio Freiburg (Hg.). Freiburg 2004. [Bezug über den Buchhandel]
- Halbig/Maurer/Nitschke: Nachhaltigkeit messen – Zukunft gestalten. Leitfaden des Pilotprojektes "Kommunen in der Welt". Bischöfliches Hilfswerk Misereor e.V. (Hg.), Aachen 2004.
- Documentation "Bonn Policy Forum. New Directions in Local Development: Challenges and Perspectives for City-to-City-Cooperation." 12-13 December 2003. In Kooperation mit der Abtlg. Demokratieförderung und Verwaltungsreformen der InWEnt gGmbH. [in Englisch] [vergriffen]
- Documentation: Local Renewables 2004. Municipal Leaders' Conference on Renewable Energy Source for the Local Level. Bonn 30.-31. May 2004. In cooperation with: Agenda-Transfer bundesweite Servicestelle Lokale Agenda 21. Bonn 2004. [in Englisch] [vergriffen]
- Genuss mit Zukunft – Francisco Aguilar und sein Bio-Kaffee. dwp eG (Hg.), Ravensburg. CD-ROM/DVD. Bezug: dwp, [info@dwp-rv.de](mailto:info@dwp-rv.de)

- Mayors's Conference on Early Warning – on the occasion of the Third International Conference on Early Warning in Bonn, 26<sup>th</sup> March 2006. In cooperation with City of Bonn and German Committee for Disaster Reduction/DKKV e.V., Bonn 2006.
- Nach dem Tsunami. Von der Nothilfe zu langfristigen Partnerschaften. In Kooperation mit: Verein zur Förderung der entwicklungspolitischen Publizistik e.V. (Hg.), Frankfurt/M., Reihe Dritte Welt-Information. Pädagogik praktisch, Heft 1/2/2006, Frankfurt/M. 2006.
- Buy Fair – Ein Leitfaden für die öffentliche Beschaffung von Produkten aus dem Fairen Handel. In Kooperation mit ICLEI. Freiburg/Bonn 2007.
- Nachhaltigkeit: Das Plus vor Ort. In Kooperation mit Agenda-Transfer. Bonn 2007.
- Nord-Süd-Schulpartnerschaften – wie geht das? Eine Orientierungshilfe. In Kooperation mit: Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein sowie Diakonisches Werk Schleswig-Holstein. Kiel, Rendsburg, Bonn 2007.
- Documentation: Mayors Conference 2008 "Local Action for Biodiversity". Bonn 29. May 2008.

## Über uns

### Eine Welt beginnt vor Ort

Immer mehr Entscheidungsträger aus deutschen Städten und Gemeinden erkennen das vielgestaltige Potenzial, das die Realisierung nachhaltiger Entwicklungsstrategien und kommunaler Entwicklungszusammenarbeit für ihre Kommune und weltweit in sich trägt. Sie wissen, ein Engagement für die Eine Welt ist für Städte und Gemeinden in Deutschland und in den Partnerländern in vielerlei Sicht ein Gewinn: Wirtschaft, Bürgerschaft und Kultur profitieren gleichermaßen vom Standortfaktor „Internationalität“.

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt unterstützt Sie, als Akteure in Verwaltung, Zivilgesellschaft und Politik, dieses oft noch brachliegende Potenzial für sich vor Ort und Ihre kommunalen Partner weltweit zu entdecken und zu nutzen.

### Welche fachlichen Themen und Leistungen bietet Ihnen die Servicestelle?

Die vier kommunalen Zukunftsthemen sind:

- Bürger- und Beteiligungshaushalt – Lernen im Nord-Süd-Dialog,
- Stärkung und Ausbau kommunaler Partnerschaften,
- Interkulturelle Kompetenzbildung in deutschen Kommunen - Zusammenarbeit mit Diasporen,
- Faires Beschaffungswesen - der kommunale Beitrag zur Ausweitung des Fairen Handels.

Städte und Gemeinden rund um die Zukunftsthemen zu informieren, beraten, vernetzen und qualifizieren ist Auftrag der Servicestelle. Dabei bieten wir Ihnen nicht nur:

- vielfältige Publikationen, wie unsere Dialog Global und Materialreihe,
- den monatlichen Newsletter „Eine Welt Nachrichten“,
- unsere umfangreiche Homepage [www.service-eine-welt.de](http://www.service-eine-welt.de) . Hier stehen sämtliche Publikationen der Servicestelle zum Download bereit und Sie erhalten neben aktuellen Informationen und umfangreichen Links die Möglichkeit zur Nutzung unseres Finanzierungsratgebers und ModeratorInnen-Netzwerks.

Sondern auch:

- persönliche, kostenlose Beratung, gern auch vor Ort in Ihrer Stadt oder Gemeinde,
- Veranstaltungen: Workshops, Netzwerktreffen, Konferenzen u.a.,
- Wettbewerbe und
- Fachveranstaltungen und individuelle Beratung in Ihrer Region.

Unsere Motivation sind Ihre Ideen und Konzepte, Ihre Kreativität und Ihr Durchhaltevermögen. Kommunales Engagement für die Eine Welt kann für alle Beteiligten gelingen – wir unterstützen Sie gern dabei!

## ***InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH***

### **InWEnt – Kompetent für die Zukunft**

InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH ist ein weltweit tätiges Unternehmen für Personalentwicklung, Weiterbildung und Dialog. Unsere Capacity Building-Programme richten sich an Fach- und Führungskräfte aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

### **Unser Angebot**

60 Prozent aller Programme führen wir im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) durch. Darüber hinaus sind wir auch für andere Bundesministerien und internationale Organisationen tätig.

Zudem kooperiert InWEnt mit deutschen Unternehmen in Public Private Partnership Projekten, bei denen sich wirtschaftliche, soziale und ökologische Ziele miteinander verbinden lassen.

Die Programme für Menschen aus Entwicklungs-, Transformations- und Industrieländern schneiden wir speziell auf den Bedarf unserer Partner zu. Wir bieten berufsspezifische und praxisorientierte Weiterbildung und Trainings, Dialogveranstaltungen und E-Learning-Kurse. Über ein aktives Alumni-Netzwerk bleiben die Teilnehmer/innen auch nach ihrer Fortbildung untereinander und mit InWEnt im Gespräch.

Jungen Menschen aus Deutschland bietet InWEnt mit Austausch- und der Vermittlung von Stipendienprogrammen die Chance, weltweit Berufserfahrung zu sammeln.

### **Unsere Standorte**

Der Hauptsitz der InWEnt gGmbH ist in Bonn. Mit 14 Regionalen Zentren ist InWEnt in den Ländern der Bundesrepublik präsent und somit in jeder Region ansprechbar. Unsere Büros in Neu-Delhi, Hanoi, Kairo, Kiew, Lima, Managua, Manila, Moskau, Peking, Pretoria, São Paulo und Tansania führen wir überwiegend in Partnerschaft mit anderen deutschen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit.

InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH

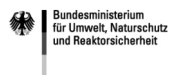
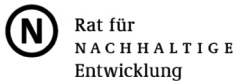
Friedrich-Ebert-Allee 40

53113 Bonn

Fon +49 228 4460-0

Fax +49 228 4460-1766

[www.inwent.org](http://www.inwent.org)



Die Servicestelle in der InWEnt gGmbH wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Länder Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein, Thüringen und der Stadt Bonn.

**Unter Mitwirkung:** Land Mecklenburg-Vorpommern, Rat für Nachhaltige Entwicklung, Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund,

Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, Industrie- und Handelskammer Ostthüringen, Deutscher Beamtenbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Diözesanrat der Katholischen Kirche, Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V., Auswärtiges Amt, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke e.V. und Deutsche UNESCO-Kommission e.V.